RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin:
Regierungsrätin Rita Kieber-Beck bis 25. März 2009
Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick ab 25. März 2009

Das Ressort Äusseres war auch im Berichtsjahr 2009 sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene intensiv mit Themen des Finanzplatzes beschäftigt. Wie im Vorjahr unternahm das Ressort, zusammen mit der Verfolgung von anderen Schwerpunkten und der Federführung bei diesen, eine Reihe von Aktivitäten zur Wahrung der Interessen des Finanzplatzes und der aussenpolitischen Wirtschaftsinteressen und widmete der internationalen Terrorismusbekämpfung sowie dem Kampf gegen die Korruption grosse Aufmerksamkeit. Die Ressortinhaberinnen, das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die diplomatischen Vertretungen Liechtensteins im Ausland waren stark mit der Umsetzung von Massnahmen in diesen Schwergewichtsbereichen befasst und leisteten anderen Ressorts und Amtsstellen regelmässige und intensive Unterstützung. So arbeitete das Ressort Äusseres an der Vorbereitung der Liechtenstein-Erklärung betreffend die Übernahme der OECD-Standards für Transparenz und Steuerkooperation und teilweise an der Ausarbeitung diverser Steuerabkommen mit.

Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses und im Hinblick auf die Positionierung Liechtensteins wurde eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Ressorts Äusseres errichtet. Im Bereich Schengen/Dublin konnten mehrere Abkommen unterzeichnet werden. Auch der Entwurf des Betrugsbekämpfungsabkommens zwischen Liechtenstein, der Europäischen Union (EU) und ihren Mitgliedsstaaten erfuhr eine positive Entwicklung.

Im Bereich der Menschenrechte erstellte das Ressort Äusseres diverse Berichte und bereitete die Ratifikation mehrerer Übereinkommen vor. Es fand auch eine Reihe von ämterübergreifenden Sitzungen sowie von Treffen mit Nichtregierungsorganisationen statt.

Im Berichtsjahr wendete das Land insgesamt 27.4 Mio. Franken für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) auf. Erstmals wurde im Berichtsjahr ein Jahresbericht (für das Jahr 2008) über sämtliche Aktivitäten Liechtensteins innerhalb der IHZE veröffentlicht.

Das herausragende Ereignis auf der bilateralen Ebene war die Aufnahme direkter diplomatischer Beziehungen mit der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik. Die bilateralen Beziehungen zur Schweiz und zu Österreich sowie zu Deutschland und den USA wurden weiter gepflegt und vertieft. Es fanden diverse Treffen auf hoher Ebene, aber auch zwischen Beamten und Experten, statt. Die Pflege der bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten kam durch Besuche im Ausland und aus dem Ausland zum Ausdruck. Per Ende 2009 waren 77 Staaten sowie die Europäische Kommission und der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen in Liechtenstein vertreten. Es sind zudem 8 Berufskonsularbeamte und 27 Honorarkonsularbeamte in Liechtenstein bestallt.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Tschechische Republik
Im Berichtsjahr konnte ein Beschluss der liechtensteinischen und tschechischen Regierung zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und damit verbunden die Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding über die zukünftige Zusammenarbeit erreicht werden. Dieses Memorandum wurde am 8. September 2009 von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick unterzeichnet und es wurde die Einsetzung einer Historikerkommission vereinbart. Die liechtensteinische Botschaft in Wien betreut die diversen Agenden, welche die Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Kultur, Finanzen und Wirtschaft umfassen.

Slowakische Republik
Als zweiter Nachfolgestaat der Tschechoslowakei unterhielt auch die Slowakische Republik keine diplomatischen Beziehungen mit Liechtenstein. Ähnlich wie mit der Tschechischen Republik fanden während des Berichtjahres Gespräche über die Aufnahme der Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Slowakei statt. Am 21. Dezember 2009 wurden im Rahmen eines Besuches von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Bratislava die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufgenommen und ein Memorandum of Understanding unterzeichnet. Es ist keine Historikerkommission vorgesehen.

Europäische Integration und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Schengen/Dublin
Das Ressort Äusseres war wieder in der vom Inhaber des Ressorts Inneres, Regierungsrat Hugo Quaderer, geleiteten Arbeitsgruppe «Umsetzung Schengen» vertreten. Der «Rahmenvertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Bereich des Visumverfahrens, der Einreise und des Aufenthalts sowie über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzraum», der am 3. Dezember 2008 abgeschlossen und seit dem 12. Dezember 2008 zum Teil vorläufig angewendet wurde, erhielt die Zustimmung vom Landtag am 25. Juni 2009 und ist somit in Kraft. Deutschland ratifizierte am 18. September 2009 das Protokoll zur Assoziierung des Fürstentums Liechtenstein an Schengen/Dublin. Die Ratifikation durch Schweden stand nach wie vor aus. Am 30. September 2010 unterzeichnete Liechtenstein das Abkommen zur Teilnahme an der Europäischen Grenzschutzagentur (Frontex) zwischen der EU, der Schweiz und Liechtenstein sowie der Beteiligung Liechtensteins am so genannten Grenzfonds, welcher

der Finanzierung der diesbezüglichen Zusammenarbeit dient.

Betrugsbekämfpungsabkommen
Das Ressort Äusseres war an den Verhandlungen über den Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens zwischen Liechtenstein, der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten beteiligt. Nachdem die Verhandlungen 2008 substantiell abgeschlossen werden konnten, wurde erst Ende 2009 ein neuer Entwurf zum Abkommen fertig gestellt und Liechtenstein übermittelt. Im EU-Ministerrat war das Abkommen jedoch nach wie vor blockiert.

Positionierung Liechtensteins im europäischen Integrationsprozess
Die Regierung hat im Hinblick auf die Positionierung Liechtensteins im europäischen Integrationsprozess eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Ressort Äusseres bestellt. Die Arbeitsgruppe hatte 2009 die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit dem Ressort Präsidium eine Übersicht über Szenarien zu möglichen Entwicklungen im Bereich der europäischen Integration zu erarbeiten.

Finanzplatz

Beziehungen zu Deutschland
Nachdem die Ereignisse des 14. Februars 2008 die Beziehungen Liechtensteins zu Deutschland überschattet hatten, trug die Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009 betreffend die liechtensteinische Bereitschaft, die OECD-Standards für Transparenz und Steuerkooperation vorbehaltlos zu übernehmen, wesentlich zu einer gewissen Entspannung der Lage bei. Im Juli 2010 konnten die Verhandlungen Liechtensteins mit Deutschland betreffend ein Abkommen zum Austausch von Steuerinformationen (Tax Information Exchange Agreement – TIEA) abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung des Abkommens erfolgte am 2. September 2009.

Weitere Übereinkommen im Steuerbereich
Neben dem Abkommen mit Deutschland zum Informationsaustausch im Steuerbereich konnte am 11. August 2009 ein Steuerinformationsabkommen mit Grossbritannien abgeschlossen werden. Das Ressort Äusseres war auch an den Vorarbeiten für ein Abkommen mit Luxemburg betreffend Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Vermögens- und Einkommenssteuern beteiligt. Zudem war das Ressort Äusseres durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten an den Verhandlungen betreffend die Revision des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen des Europarats und der OECD vertreten. Anlässlich des Treffens der EU-Finanzminister konnte ein Steuerabkommen mit Belgien abgeschlossen werden.

Finanzplatzthematik im Rahmen der Internationalen Organisationen

Die Finanzplatzthemen waren auch ein wiederkehrendes Thema im Rahmen der Arbeit in den internationalen Organisationen. In der EU konnte ein Entwurf zum Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein abgeschlossen werden. In der UNO spielte die Steuerthematik in erster Linie bei den Verhandlungen im Rahmen der Konferenz zur Finanz- und Wirtschaftskrise eine Rolle. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen und konnte erreichen, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Staaten bei der Steuerfrage festgeschrieben wurde. Darüber hinaus beteiligte sich Liechtenstein aktiv an den ersten Treffen der von Singapur ins Leben gerufenen «Global Governance»-Gruppe (3G), die sich vor allem in finanzplatzrelevanten Bereichen um die Einbeziehung von Nichtmitgliedern in die Prozesse der G-20 einsetzt. Fristgemäss übermittelte Liechtenstein den 6. Bericht über die Umsetzung der Terrorismusbekämpfungsstandards an den Ausschuss des Sicherheitsrates zur Terrorismusbekämpfung (CTC), welcher positiv entgegengenommen wurde. Der Sicherheitsrat beschloss eine umfassende Verfahrensreform der Taliban/Al-Qaida-Sanktionen, welche unter anderem die Schaffung einer Ombudsstelle vorsieht, und trug so den jahrelangen Bemühungen einer von Liechtenstein federführend mitgetragenen Initiative um die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien bei Sanktionsverfahren Rechnung.

Im Berichtsjahr bereitete das Ressort die Ratifikation des UNO-Übereinkommens gegen die Korruption sowie die Unterzeichnung des Strafrechtsübereinkommens über Korruption sowie des entsprechenden Zusatzprotokolls des Europarats vor. Am 1. Januar 2010 erfolgt der Beitritt Liechtensteins zur Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarates, der vom Ressort Äusseres 2009 vorbereitet wurde. Im November 2009 unterbreitete Liechtenstein dem Expertenkomitee des Europarats (CODEXTER) sein erstes «Country Profile on Counter-Terrorism Capacity», einen Länderbericht über die entsprechenden gesetzlichen und institutionellen Möglichkeiten der Mitgliedsstaaten. Das Länderprofil beinhaltet umfassende Informationen über das Engagement Liechtensteins im Rahmen der internationalen Terrorismusbekämpfung (siehe: www.coe.int).

Menschenrechte
Als Teil der regelmässigen Berichterstattung im Rahmen der Menschenrechtsinstrumente reichte Liechtenstein im März 2009 den dritten Bericht zum Europaratsübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und im September 2009 den vierten Länderbericht zum UNO-Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ein. Ausgehend von den Empfehlungen des zuständigen Kontrollausschusses im Rahmen der letzten Berichterstattung im Jahr 2007 doku-

mentiert dieser Bericht einerseits die aktuelle Situation der Gleichstellungspolitik und der Umsetzung der Frauenrechte in Liechtenstein und gibt andererseits Auskunft über die Fortschritte, die seit der Einreichung des letzten Berichts in diesen Bereichen erzielt worden sind. Im Rahmen der Berichterstattung zur Minderheitenkonvention des Europarates wurde angesichts des vergleichsweise hohen Anteils ausländischer Staatsangehöriger in der liechtensteinischen Wohnbevölkerung die Integration von Gruppen thematisiert, die aufgrund religiöser, kultureller oder sprachlicher Verschiedenheiten mit Schwierigkeiten konfrontiert werden könnten. Da es in Liechtenstein keine nationalen Minderheiten im Sinne der Rahmenkonvention gibt, sind gewisse Bestimmungen der Konvention auf Liechtenstein jedoch nur beschränkt anwendbar. Sämtliche Berichte und Empfehlungen im Menschenrechtsbereich sind unter *www.liechtenstein.li* (Rubrik: Staat/Aussenpolitik/Menschenrechte) abrufbar.

Liechtenstein ratifizierte im Berichtsjahr zwei UNO-Übereinkommen im Bereich der Staatenlosigkeit, nämlich das Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen sowie das Übereinkommen über die Verminderung der Fälle von Staatenlosigkeit. Ebenfalls konnte die Unterzeichnung und Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Europaratsübereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten eingeleitet werden. Zudem gab die Regierung eine Erklärung betreffend die vorläufige Anwendung gewisser Bestimmungen des Protokolls Nr. 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention in Bezug auf Liechtenstein ab. Es handelt sich dabei um diejenigen Bestimmungen des Protokolls, welche für die Erhöhung der Fallbehandlungskapazität des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg als besonders nützlich erachtet werden.

Mitarbeit in internationalen Organisationen und Gremien

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Die Zusammenarbeit im Rahmen des EWR verlief im Berichtsjahr wiederum in geordneten Bahnen und ohne grössere Vorkommnisse. Was die Kohäsionszahlungen anbelangt, wird es erneut zu einer Erhöhung des EWR-EFTA-Anteils kommen. Hingegen konnten Verbesserungen bei den Projekt- und Auszahlungsmodalitäten erreicht werden. Bei der Umsetzung von EWR-Recht in liechtensteinisches Recht erreichte Liechtenstein ein überdurchschnittliches Ergebnis im Vergleich zu den anderen EWR-Staaten. Es erfolgten EWR-interne Gespräche zum Beitrittsgesuch von Island zur EU. Im Rahmen des EWR fand auch eine Reihe von politischen Treffen auf Ministerebene statt. Die Ressortinhaberin nahm an zwei Sitzungen des EWR-Rats teil. Sie nutzte das zweite EWR-Ratstreffen, um sich mit Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner über die Beziehungen Liechtensteins zur EU zu besprechen.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Am 1. Juli 2009 übernahm Liechtenstein den EFTA-Vorsitz für das zweite Halbjahr 2009. Die Übernahme des EFTA-Vorsitzes in Genf bedeutete für die Inhaberin des Ressorts Äusseres zahlreiche zusätzliche Verpflichtungen und Termine. Liechtenstein setzte in seinem Vorsitzprogramm die Akzente der EFTA-Aktivitäten wie üblich im Drittlandbereich, d.h. im Wesentlichen bei Verhandlungen über Freihandelsabkommen und deren Abschluss sowie bei der Weiterentwicklung und der Verwaltung bereits bestehender Freihandelsabkommen. Am 1. Juli 2009 trat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kanada in Kraft. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 22. Juni 2009 in Hamar/Norwegen konnten die EFTA-Ministerinnen und -Minister ein Freihandelsabkommen mit dem Golfkooperationsrat (GCC), bestehend aus Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, unterzeichnen. Am Herbstministertreffen unter liechtensteinischem Vorsitz am 17. Dezember 2009 wurden die beiden Freihandelsabkommen mit Serbien und Albanien, bei welchen die Verhandlungen erst im Frühjahr 2009 aufgenommen wurden, unterzeichnet. Neu umfasst das EFTA-Netzwerk somit 20 Freihandelsabkommen mit insgesamt 29 Ländern, wobei vier dieser Freihandelsabkommen erst im Verlaufe des Jahres 2010 in Kraft treten werden. Im Berichtsjahr konnte zudem die rechtliche Überarbeitung des Freihandelsabkommens mit Peru erfolgreich abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung dieses Abkommens wurde für Anfang 2010 vorgesehen.

Weitere Verhandlungen betreffend Freihandelsabkommen fanden mit Indien, der Ukraine und Algerien statt. Die Verhandlungen mit Thailand waren nach wie vor sistiert. Die geplanten Freihandelsverhandlungen mit Indonesien konnten noch nicht begonnen werden. Ein Freihandelsabkommen mit Hongkong wurde beschlossen. Auch mit Russland, Vietnam, Malaysia, Mauritius und Panama ist der Abschluss von Freihandelsabkommen geplant.

Welthandelsorganisation (WTO)

Liechtenstein versuchte im Berichtsjahr im Rahmen seiner Möglichkeiten zum Erfolg der Doha-Welthandelsrunde beizutragen. Die vorrangige Aufgabe der Welthandelsorganisation (WTO) besteht in der schrittweisen Liberalisierung des Welthandels. Inhalt der derzeit suspendierten Welthandelsrunde ist die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks. Diese Zielsetzungen und Verhandlungsinhalte sind grundsätzlich alle im Interesse Liechtensteins. Bei den Agrarverhandlungen gehört Liechtenstein – unter anderem zusammen mit den anderen drei EFTA-Staaten – der Gruppe der 10 (G10-Staaten), bestehend aus: Japan, Südkorea, Taiwan, Norwegen, Island, Liechtenstein, Schweiz, Mauritius, Israel (Bulgarien ist per 1.1.2007 der EU beigetreten) an, welche sich vor

allem für die Multifunktionalität der Landwirtschaft einsetzt.

Vom 30. November bis 2. Dezember 2009 fand in Genf die 7. ordentliche Ministerkonferenz der WTO statt. Diese war jedoch ausdrücklich nicht den Doha-Verhandlungen, sondern der Diskussion der Arbeitsweise und der Rolle der WTO im durch die Finanz- und Wirtschaftskrise veränderten globalen Umfeld gewidmet. Liechtenstein war an dieser Ministerkonferenz durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten.

Europarat

Der Europarat feierte im Berichtsjahr sein 60-jähriges Bestehen. Spanien lud als Vorsitzland am 12. Mai 2009 zur 119. Ministersession nach Madrid ein. Liechtenstein war in Madrid durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten. Die Ministersession widmete sich insbesondere der Wahl des neuen Generalsekretärs, der Reform des Kontrollsystems der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie den Konsequenzen des Konflikts in Georgien und der Situation in Weissrussland. Die Schweiz übernahm den Vorsitz im Europarat im November 2009. Ihr erklärtes Ziel war es, die Reform des Gerichtshofs für Menschenrechte voranzutreiben.

Als Reaktion auf die jahrelange Blockade durch die Nicht-Ratifikation von Protokoll Nr. 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) durch Russland wurde am Rande der Ministersession in Madrid ein sogenanntes «Protokoll 14bis» verabschiedet. Inhaltlich beschränkt sich dieses Protokoll auf die provisorische Anwendung jener Massnahmen des Protokolls Nr. 14, welche sich am stärksten auf die Fallbehandlungskapazität des Gerichtshofs auswirken sollen. Um Verzögerungen durch langwierige nationale Ratifikationsverfahren zu vermeiden, wurde in Madrid vereinbart, dass die Vertragsstaaten ihre Zustimmung zur vorläufigen Anwendung der in Protokoll Nr. 14bis übernommenen Bestimmungen auch in Form einer Erklärung (auf der Grundlage ihrer bereits erfolgten Ratifikation von Protokoll Nr. 14) zum Ausdruck bringen können. Liechtenstein hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und am 24. August 2009 eine entsprechende Erklärung hinterlegt. Sie wurde am 1. September 2009 wirksam.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Im Juni 2009 rief die OSZE den Korfu-Prozess, worunter der Dialog der OSZE-Mitgliedstaaten über eine neue europäische Sicherheitsordnung zu verstehen ist, im Rahmen eines informellen Aussenministertreffens unter Teilnahme von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick auf der Insel Korfu ins Leben. Unter der griechischen OSZE-Präsidentschaft wurde seither in regelmässigen Treffen auf Botschafterebene in Wien eine konkretere Struktur des Dialogs erarbeitet. Liechtenstein nimmt an dem Dialog über eine europäische Sicherheitsarchitektur aktiv teil und unterstrich im bisherigen Verlauf die Notwendigkeit der stärkeren Verankerung des Schutzes und die bessere Stellung von Nationalen Minderheiten. Belebt wurde diese Diskussion Anfang Dezember durch einen vom russischen Präsidenten Medwedew an alle Staats- und Regierungschefs der OSZE adressierten Vorschlag für einen Europäischen Sicherheitsvertrag.

Der 17. OSZE-Ministerrat fand am 1. und 2. Dezember in Athen statt und stand inhaltlich ganz im Zeichen des Korfu-Prozesses. Ziel war es, eine Bestätigung des Korfu-Prozesses zu erreichen und den bis dahin geführten Dialog zu verankern sowie das weitere Vorgehen festzulegen. Verhandlungen dazu hatten bereits im Vorfeld des Ministerrates in Wien begonnen. In schwierigen Verhandlungen während den Vorbereitungssitzungen gelang es zwei Dokumente (Beschluss von Korfu und Erklärung von Korfu) zu verabschieden. Darin werden die Ständigen Vertreterinnen und Vertreter in Wien beauftragt, den Dialog nun einen Schritt weiter zu tragen. Auf dieser Ebene soll in Wien im ersten Halbjahr 2010 konkret untersucht werden, wie die Rolle der OSZE in allen drei Dimensionen (politisch-militärische Dimension, Wirtschafts- und Umweltdimension, menschliche Dimension) zu bewerten ist und wie es um die Rolle und Umsetzung der Verpflichtungen und Mechanismen steht. Diese zweite Phase soll mit einem Bericht bis im Juni 2010 abgeschlossen sein. Themen wie Konfliktmanagement und vertrauensbildende Massnahmen, die wirtschaftliche und die menschliche Dimension, aber auch solche wie Abrüstung und Rüstungskontrolle, werden Inhalt dieses Dialogs sein.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in New York

Vom 23. bis 29. September 2009 fand die Generaldebatte der 64. Session der UNO-Generalversammlung unter dem vom Generalversammlungs-Präsidenten Treki vorgeschlagenen Motto «Effiziente Antworten auf globale Krisen – Stärkung des Multilateralismus und des Dialogs zwischen Zivilisationen für internationalen Frieden, Sicherheit und Entwicklung» statt. Präsident Obama bekannte sich zum Multilateralismus und grenzte damit seine Aussenpolitik von der seines Vorgängers ab. Aussenministerin Dr. Aurelia Frick erwähnte die Einsetzung des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) als Paradebeispiel für erfolgreichen Multilateralismus. Die dominierenden Themen der Generaldebatte waren, im Vorfeld der Kopenhagener Verhandlungen der Klimawandel und die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Ständige Vertretung Liechtensteins brachte sich erneut zum Thema UNO-Reform ein und konzentrierte ihren Einsatz insbesondere auf die Initiative der so genannten «S-5» (Costa Rica, Jordanien, Liechtenstein, Singapur, Schweiz) mit einem neuen Vorschlag zur Reform der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates. Die S-5-Gruppe intensivierte ihre Arbeiten im direkten Kontakt mit dem Sicherheitsrat selbst. Die Verhandlungen zur Erweiterung des Sicherheitsrats fanden unter dem Vorsitz

des afghanischen Botschafters Tanin zunächst in überraschend positiver Atmosphäre statt, ohne dass aber entscheidende Weichenstellungen erfolgt wären.

Der Reformprozess zur «systemweiten Kohärenz» in den Bereichen Entwicklung, Humanitäres und Umwelt brachte mit dem Beschluss zur Errichtung der «Gender Entity» einen konkreten Erfolg. Vier bestehende UNO-Abteilungen werden dadurch zusammengelegt und im Jahr 2010 durch einen Unter-Generalsekretär geleitet. Der Grundsatzbeschluss verleiht der UNO in Frauen- und Gender-Fragen ein stärkeres Profil.

Liechtenstein ist noch bis Ende 2010 Mitglied des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC), der aus 54 von 192 UNO-Mitgliedstaaten besteht. Die ECOSOC-Jahressession wurde vom 6. – 31. Juli in Genf abgehalten. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nahm am Ministersegment teil.

Das von der Schweiz und Liechtenstein initiierte und von der «NGO Working Group on Women, Peace and Security» durchgeführte Projekt zur besseren Umsetzung von Sicherheitsrats-Resolution 1325 startete erfolgreich. Mit dem Projekt soll die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen verstärkt sowie ihr Schutz in bewaffneten Konflikten verbessert werden. Der Sicherheitsrat hat unter Vorsitz von US-Aussenministerin Hillary Clinton das Mandat eines/r Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten geschaffen. Des Weiteren soll es Schutzbeauftragte für Frauen in entsprechenden UNO-Missionen geben sowie eine Gruppe von Experten, welche im Bedarfsfall zur Unterstützung der lokalen Justiz in Krisengebiete entsandt werden können. Liechtenstein wirkte hinter den Kulissen über die Freundes-Gruppe für «Frauen, Frieden und Sicherheit» am Entwurf der Resolution mit. Eine neue Resolution zum Thema «Kinder in bewaffneten Konflikten» beauftragte den Generalsekretär, Konfliktsituationen aufzulisten, in denen Kinder Opfer von sexueller Gewalt, Tötung und Verstümmelung werden. Bisher wurden nur Staaten und Gruppen auf die Liste gesetzt, die Kinder als Soldaten einsetzen. Die von Mexiko eingebrachte Resolution wurde von 36 Staaten, darunter Liechtenstein, miteingebracht und einstimmig verabschiedet. Zudem hat Liechtenstein die Pariser Prinzipien und Verpflichtungen zum Schutz von Kindersoldaten indossiert und sich somit politisch verpflichtet, Kinder vor der Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen zu schützen sowie deren Reintegration zu unterstützen.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Genf

Der Schwerpunkt der liechtensteinischen Aktivitäten lag weiterhin bei den Arbeiten des UNO-Menschenrechtsrats. Dessen Agenda bestand im Berichtsjahr unter anderem aus drei ordentlichen Sessionen von insgesamt zehn Wochen Dauer und vier ein- bis zweitätigen Sondersessionen zu den Themen Gazakonflikt, Globale Finanz- und Wirtschaftskrise, Sri Lanka, palästinensische Gebiete und Ostjerusalem. Von besonderer politischer Bedeutung war für den Menschenrechtsrat die erfolgreiche Durchführung der einwöchigen Überprüfungskonferenz zu den Ergebnissen der Weltkonferenz gegen Rassismus von 2001 (Durban II) im April. Schliesslich führte der Rat seine Aktivitäten im Rahmen der «Universal Periodic Review» weiter und überprüfte insgesamt 48 Ländersituationen in drei zweiwöchigen Sessionen. Zur Vorbereitung der formellen Sitzungen des Rates nahm die liechtensteinische Vertretung an den regelmässig stattfindenden Treffen der WEOG-Gruppe (WEOG besteht aus den westeuropäischen EU-Mitgliedern, der Türkei, Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Island, der Schweiz, Liechtenstein, Andorra und San Marino) teil.

An der jedes zweite Jahr in Genf stattfindenden Jahressession des UNO-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) war Liechtenstein im Ministersegment durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten. Sie nutzte ihre Ansprache im Plenum unter anderem dazu, das entwicklungspolitische Engagement Liechtensteins im Gesundheitsbereich auf bilateraler und multilateraler Ebene darzulegen. Die Ständige Vertretung war in der Delegation vertreten und nahm aktiv an Verhandlungen über Entschliessungen im humanitären und allgemeinen Segment teil.

Liechtenstein nahm im Berichtsjahr am 13. Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe teil und war an verschiedenen Konferenzen im Abrüstungsbereich vertreten.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Wien

Liechtenstein nahm 2009 an den jährlich stattfindenden Konferenzen der Drogenkommission und der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege teil. Am «International Workshop of National Counter-Terrorism Focal Points» des Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung war Liechtenstein durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten. Zudem nahm Liechtenstein im Mai an der «Working Group on Asset Recovery» im Rahmen der Arbeitsgruppe Korruption teil. Die Ständige Vertretung nahm am 11. September das Vorbereitungstreffen für die im November in Doha abgehaltene UNCAC-Vertragsstaatenkonferenz wahr, an welcher Liechtenstein durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten war.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Danuta Hübner, Mitglied der Europäischen Kommission und Beauftragte für Regionalpolitik, weilte am 26. und 27. Januar 2009 zu einem Besuch in Liechtenstein. Sie wurde begleitet von EU-Botschafter Michael Reiterer und Madeleine Mahosky, Mitglied des Kabinetts von Danuta Hübner. Die Kommissarin und ihre Delegation wurden von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein sowie von Regierungschef Otmar Hasler zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Sie war auch Gast von Re-

gierungsrätin Rita Kieber-Beck bei einem Abendessen, an welchem der Botschafter Polens in Bern, Jaroslaw Srzyk, und auf liechtensteinischer Seite der Bürgermeister von Vaduz, Ewald Ospelt, der Direktor der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, Josef Beck, und Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Amtsstellen teilnahmen. Die Gespräche dienten einem breit gefächerten Gedankenaustausch zu Themen der europäischen Integration, der Zusammenarbeit im EWR und in verschiedenen anderen Bereichen von gemeinsamem Interesse.

Die Regierung lud Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die anlässlich des Wirtschaftsforums für Frauen im Rheintal am 16. Februar 2009 in Liechtenstein weilte, zu einem Höflichkeitsbesuch ein. Die Bundesrätin traf mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck sowie Regierungsrat Dr. Martin Meyer zusammen. Der Besuch von Bundesrätin Widmer-Schlumpf wurde zu einem allgemeinen Gedankenaustausch, unter anderem über die Entwicklungen im Asyl- und Ausländerrecht der beiden Nachbarstaaten, bei der polizeilichen Zusammenarbeit, im Bereich der Sicherheit und Schengen, im Justizwesen und in verschiedenen anderen Bereichen genutzt.

Am 3. April 2009 besuchte der Botschafter der Europäischen Union in der Schweiz und in Liechtenstein, Michael Reiterer, Liechtenstein. Neben einem Gespräch mit Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher fand auch ein Treffen mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick statt. Die Gespräche hatten die aktuellen Beziehungen Liechtensteins zur EU zum Inhalt.

Die Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes besuchten am 29. und 30. April 2009 Liechtenstein. Nach dem Empfang durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein fanden Informationsgespräche zu liechtensteinischen Themen und ein Gedankenaustausch mit Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher, Aussenministerin Dr. Aurelia Frick und dem Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten statt.

Vom 25. – 27.Mai 2009 weilten sechs leitende Mitarbeiter des amerikanischen Kongresses in Liechtenstein zu Besuch. Die Themenschwerpunkte lagen auf wirtschafts-, finanz- und aussenpolitischen Fragen. Während ihres Informationsprogramms trafen die Kongressmitarbeiter mit S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Roland Marxer sowie mit Vertretern des Finanz- und Wirtschaftsstandortes Liechtenstein zusammen.

Der Aussenminister von Bosnien und Herzegowina, Sven Alkalaj, stattete Liechtenstein am 17. Juni 2009 einen Besuch ab. Er wurde von Aussenministerin Dr. Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch empfangen, bei welchem insbesondere die immer noch schwierige politische Situation in Bosnien und Herzegowina und beiderseits interessierende Themen besprochen wurden.

Der andorranische Aussenminister, Xavier Espot Miró, traf sich am 17. Juni 2009 mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch zur Rolle von Kleinstaaten und zur aktuellen Entwicklung in Europa. Aussenminister Espot nahm auch an der Botschafterinformationsveranstaltung vom 18. Juni 2009 und am Kulturabend «Liechtenstein – Indonesien» teil.

Die liechtensteinische Regierung lud am 18. Juni 2009 die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter zum 9. Informationstag der Regierung ein. 85 diplomatische Vertreterinnen und Vertreter aus 60 Ländern nahmen an der Veranstaltung in Vaduz teil.

Am 18. Juni 2009 organisierte die indonesische Botschaft in Bern einen indonesischen Kulturabend in der Hofkellerei in Vaduz. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick hielt die Begrüssungsrede. Es wurden indonesische Musik, Tanz und Küche geboten. Eine Marionetten- und Puppenausstellung rundete den Anlass ab.

Am 27. und 28. August 2009 besuchte der Aussenminister der Färöer Inseln, Jørgen Niclasen, Liechtenstein. Im Zentrum des offiziellen Besuchsprogramms stand ein Arbeitsgespräch mit Aussenministerin Dr. Aurelia Frick über für beide Länder relevante Aspekte der Europäischen Integration und der internationalen Zusammenarbeit. Das Programm umfasste ferner einen Höflichkeitsbesuch bei Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher.

Am 1. September 2009 weilte die Regierung des Kantons Schaffhausen auf Einladung der liechtensteinischen Regierung zu einem Besuch in Liechtenstein. Der Besuch bot die Gelegenheit, gegenseitig interessierende Fragen zu diskutieren und die im letzten Jahr anlässlich des Besuches der liechtensteinischen Regierung im Kanton Schaffhausen geknüpften Kontakte zu vertiefen.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Am 29. Januar 2009 eröffnete Kultur- und Aussenministerin Rita Kieber-Beck die Ausstellung «konkret poetisch – Künstler aus Liechtenstein» in Berlin-Treptow/Köpenick. Die Ausstellung stellte den Auftakt der künstlerischen Veranstaltungen im Rahmen des 800-Jahr-Jubiläums der Stadt Köpenick, heute ein Stadtbezirk von Berlin, dar. Die Aussenministerin nutzte ihren Besuch in Berlin für politische Hintergrundgespräche. Am Abend vor der Eröffnung fand in der Residenz der Botschaft ein Abendessen zu Ehren der Regierungsrätin mit hochrangigen Gästen aus dem Auswärtigen Amt in Berlin, dem Bundestag, der Wissenschaft und Kultur statt.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck weilte am 11. und 12. Februar 2009 in New York. Auf Einladung von Professor Wolfgang Danspeckgruber, Direktor des «Liechtenstein Institute on Self Determination» an der Woodrow Wilson School in Princeton hielt die Aussenministerin einen Vortrag zum Finanzplatz Liechtenstein. Sie führte anschliessend Gespräche mit Vertretern der Professoren- und der Studentenschaft zum Platz Liechtensteins in der internationalen Staatengemeinschaft und zu den Möglichkeiten eines Kleinstaates, sich bei spezifischen Fragen der internationalen Zusammenarbeit prominent zu platzieren. Zudem fand eine Unterredung mit UNO-Ge-

neralsekretär Ban Ki-moon sowie mit dessen Stellvertreterin, Asha-Rose Migiro, statt. Schwerpunkt des Gedankenaustausches war das liechtensteinische Engagement bei den Vereinten Nationen, die Rolle Liechtensteins bei den Arbeiten zum Internationalen Strafgerichtshof (ICC) sowie die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Arbeit der Vereinten Nationen.

Vom 10. bis 13. März 2009 besuchte eine liechtensteinische Delegation unter der Leitung von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, die Republik Moldau. Der Besuch diente der Pflege der Beziehungen zur Republik Moldau, welche 2007 durch den Abschluss einer Vereinbarung betreffend die internationale Zusammenarbeit eingeleitet wurden, und der Gewinnung eines konkreten Eindrucks von der Arbeit des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED) vor Ort.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck weilte am 17. März 2009 in Bern, um sich von ihren Kolleginnen im Schweizerischen Bundesrat zu verabschieden. Sie traf mit Bundesrätin Doris Leuthart zusammen und bedankte sich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bei den für beide Länder wichtigen aussenwirtschaftlichen Themen im Rahmen der EFTA und der WTO. Anschliessend war sie Gast eines von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey gegebenen Arbeitsmittagessens, bei welchem die hervorragende Kooperation insbesondere bei der UNO in New York gewürdigt wurde und die aktuellen Entwicklungen zu den Finanzplätzen in beiden Ländern zur Sprache kamen. Des Weiteren stattete Regierungsrätin Rita Kieber-Beck Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf einen Besuch ab. Auch bei dieser Gelegenheit wurde die sehr gute bilaterale Zusammenarbeit gewürdigt. Botschafter Hubert Büchel gab zu Ehren der Aussenministerin ein Abendessen, an welchem Spitzenbeamte der Bundesverwaltung sowie EU-Botschafter Michael Reiterer und eine Reihe anderer Botschafter teilnahmen.

Am 12. Mai 2009 fand unter spanischem Vorsitz die 119. Ministersession des Europarats in Madrid statt. Liechtenstein war an diesem Anlass durch Aussenministerin Dr. Aurelia Frick vertreten. Die Ministersession befasste sich insbesondere mit der im Juni 2009 anstehenden Wahl eines neuen Generalsekretärs des Europarats, dem Kontrollsystem der EMRK und dem Konflikt in Georgien. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nutzte ihren ersten internationalen Auftritt auf Ministerebene zum Aufbau und zur Pflege bilateraler Kontakte. Sie traf sich unter anderem zu Gesprächen mit dem spanischen Vorsitzenden des Ministerkomitees, Aussenminister Miguel Angel Moratinos, der schweizerischen Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, dem norwegischen Aussenminister Jonas Gahr Støre, dem polnischen Aussenminister Radoslaw Sikorski sowie Vertretern von Luxemburg, Portugal und San Marino. Ebenso informierte sie sich beim Präsidenten des EGMR, Jean-Paul Costa, und bei Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg über aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Europarat.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick weilte am 15. Mai 2009 zu ihrem ersten offiziellen Arbeitsbesuch beim österreichischen Amtskollegen Michael Spindelegger in Wien. Anlässlich des Arbeitsgesprächs wurden die ausgezeichneten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich gewürdigt. Die beiden Länder arbeiten in sämtlichen Bereichen des Staatswesens eng zusammen und verfolgen in der Aussenpolitik vielfach gemeinsame Ziele.

Die ordentliche Sommertagung des Ministerrats der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) fand am 22. Juni 2009 unter dem Vorsitz der norwegischen Ministerin für Handel und Industrie, Sylvia Brustad, in Hamar, Norwegen, statt. Liechtenstein war durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten.

Am 19. Mai 2009 nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick am halbjährlichen EWR-Rat in Brüssel teil. Neben dem formellen Ratstreffen traf sich die Regierungsrätin gemeinsam mit dem isländischen und norwegischen Aussenminister, mit Vertretern der tschechischen Ratspräsidentschaft, der nächsten schwedischen Präsidentschaft sowie des EU-Rates und der EU-Kommission.

Anlässlich des Ministertreffens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am 28. Juni 2009 auf der Insel Korfu traf Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick unter anderem mit dem kanadischen Aussenminister Lawrence Cannon zu einem bilateralen Gespräch zusammen.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nahm am 8. Juli 2009 an der Jahrestagung des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO (ECOSOC) in Genf teil. Die liechtensteinische Aussenministerin sprach im Rahmen des Ministersegments des ECOSOC, welches sich den entwicklungspolitischen Aspekten der globalen öffentlichen Gesundheit widmete. In ihrer Wortmeldung legte sie unter anderem das liechtensteinische Engagement in Bezug auf die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung auf bilateraler und multilateraler Ebene dar. Weiter führte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick bilaterale Gespräche mit der stellvertretenden UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, der Südkoreanerin Kyung-wha Kang, dem Leiter des Globalen Humanitären Forums, Walter Fust, dem Berater des Zentrums für humanitären Dialog, Tim Guldimann, sowie mit der Präsidentin des ECOSOC, Botschafterin Sylvie Lucas aus Luxemburg.

Am 16. Juli 2009 traf sich Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Bern mit der Gruppe der «Lady Ambassadors», um die traditionellen Kontakte zu pflegen und aktuelle Fragen zu diskutieren. Bei einem Arbeitsessen mit den Botschafterinnen aus Peru, den Philippinnen, Ghana, Brasilien, Indonesien und Pakistan konnte eine Reihe verschiedenster Themen diskutiert werden: Entwicklungshilfe, Kulturprojekte, die liechtensteinische Wirtschaftslage, insbesondere die Entwicklungen auf dem Finanzplatz, und die Zukunft der EFTA sowie des EWR.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nahm am 21. Juli 2009 an einem Empfang der Österreichisch-Liechtenstei-

nischen Gesellschaft (ÖLG) in Bregenz teil. Sie hielt eine Ansprache über die politische und wirtschaftliche Lage in Liechtenstein und insbesondere über die aktuellen Herausforderungen Liechtensteins im globalen Umfeld.

Am 22. Juli 2009 traf Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Bregenz mit der österreichischen Kulturministerin Claudia Schmied zu einem offiziellen Arbeitsgespräch zusammen. Die beiden Amtskolleginnen tauschten sich über aktuelle Fragen der Kulturpolitik der jeweiligen Länder aus. Unter anderem kamen mögliche kulturaussenpolitische Austauschprojekte zur Sprache.

Nach Berlin, Strassburg und Washington D.C. war Wien die vierte und letzte Station der erfolgreichen Ausstellungsreihe «Liechtenstein Contemporary». Eröffnet wurde die Ausstellung am 3. September 2009 im Beisein von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick und Sektionschefin Andrea Ecker vom österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur. Die Ausstellungsreihe geht auf eine Initiative des ehemaligen Kulturbeirats der Regierung und der heutigen Kulturstiftung Liechtenstein zurück, mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit eines kunstinteressierten Publikums im Ausland auf die vielfältige und dynamische Kunstszene in Liechtenstein zu lenken.

Am 8. September 2009 unterzeichnete Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Prag ein Memorandum of Understanding, welches die Aufnahme direkter diplomatischer Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Tschechischen Republik vereinbart.

Anlässlich der Moskau-Reise von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vom 12. bis 16. September 2009 zur Eröffnung einer Biedermeier-Ausstellung mit Exponaten aus den Fürstlichen Sammlungen konnte sie Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Russischen Regierung führen. Während eines Arbeitsgespräches mit Kulturminister Alexander Avdeev wurde die Fortsetzung der kulturellen Zusammenarbeit bekräftigt und auch konkret über einen beabsichtigten Künstleraustausch diskutiert. Anschliessend traf Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick mit Vize-Aussenminister Vladimir Titov zu einem Arbeitsessen zusammen. Zum Programm gehörten ebenso der Besuch der Linguistischen Universität Moskau sowie die Präsentation des Buches «Ein Grandseigneur der Diplomatie – die Mission von Franz de Paula Prinz von und zu Liechtenstein».

Vom 23. bis 28. September 2009 weilte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in New York. Die Aussenministerin wohnte der Eröffnung der Generaldebatte der 64. Session der UNO-Generalversammlung bei und traf sich für bilaterale Treffen mit den Amtskollegen aus Finnland, Panama und der Slowakei. Beim Präsidenten der 64. GV-Session, Ali Treki (Libyen), fand ein Höflichkeitsbesuch statt. Regierungsrätin Frick nahm des Weiteren am offiziellen Mittagessen von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon und am Empfang von US-Präsident Barack Obama teil. Am zweiten Besuchstag sprach die Aussenministerin an der Konferenz über den Atomteststoppvertrag (CTBT). Sie forderte vor allem die verbleibenden Nuklearstaaten auf, sich dem Vertrag anzuschliessen. Weitere Programmpunkte waren ein Mittagessen, gegeben von US-Aussenministerin Hillary Clinton zu Ehren weiblicher Staats- und Regierungschefs und Aussenministerinnen, sowie eine Diskussionsveranstaltung der finnischen Präsidentin Tarja Halonen zum Thema «Frauen in Führungspositionen». Regierungsrätin Frick war selbst Gastgeberin eines Dinners aus Anlass des 60. Jahrestages des Palästinenserhilfswerkes UNRWA. Dabei konnte sie zahlreiche Ehrengäste begrüssen, darunter den Aussenminister Österreichs, Michael Spindelegger, die Aussenministerin der Schweiz, Micheline Calmy-Rey, UNO-Nothilfekoordinator John Holmes, den Nahostgesandten des Generalsekretärs, Robert Serry, dessen Amtsvorgänger Alvaro De Soto sowie den palästinensischen Aussenminister Ria Malki. Am letzten Besuchstag bedankte sich die stellvertretende UNO-Generalsekretärin Asha-Rose Migiro in einem Gespräch mit der Aussenministerin für das aktive liechtensteinische Engagement bei den Vereinten Nationen. Die Aussenministerin traf ferner ihren ungarischen Amtskollegen, Péter Balázs, sowie den Aussenminister von Singapur, George Yeo.

Am 16. Oktober 2009 nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in ihrer Funktion als Aussen- und Kulturministerin an einem Empfang am Liechtenstein-Stand an der Buchmesse in Frankfurt teil.

Da Liechtenstein am 31. Oktober 2009 offizielles Gastland des 80. Schweizer Medienballs war, nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick als Mitglied der offiziellen liechtensteinischen Delegation daran teil.

Im Hinblick auf die Gründung der EFTA vor bald 50 Jahren und das Inkrafttreten des EWR-Abkommens vor rund 15 Jahren fand am 10. November 2009 ein Jubiläums-Seminar in Genf statt. Aussenministerin Dr. Aurelia Frick hielt als Vorsitzende des EFTA-Rates auf Ministerebene das Eröffnungsreferat.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick weilte vom 11. bis 14. November 2009 in Washington, wo sie unter anderem mit dem stellvertretenden US-Aussenminister Jacob Lew sowie mit dem stellvertretenden Justizminister David Ogden zusammentraf. Bei diesen Gesprächen wurden die guten bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sowie deren Ausweitung und aktuelle Finanzplatzfragen besprochen. Auch bei einem Treffen mit Senator Richard Lugar, dem ranghöchsten republikanischen Mitglied des aussenpolitischen Ausschusses, kamen pendente Gesetzesentwürfe im US-Kongress, welche die Steuerhinterziehung und damit zusammenhängend die Beziehungen zu Niedrigsteuerländern und deren Finanzinstituten zum Thema haben, zur Sprache. Zum Auftakt ihres Aufenthaltes in Washington sprach Regierungsrätin Frick an einem zusammen von der School of Advanced International Studies und der mit der Georgetown University verbundenen Organisation «Women in International Security» organisierten Anlass über Liechtenstein im Allgemeinen, die Herausforderungen des Finanzplatzes sowie Liechtensteins multilaterales Engagement. Botschafterin Claudia Fritsche lud

zu einem Empfang zu Ehren der Regierungsrätin in die neue Botschaftsresidenz ein, zu welchem sich rund 80 Personen aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Washingtons sowie Vertreter der Medien einfanden. Die zwei für Liechtenstein in den USA tätigen Honorarkonsuln Bruce Allen und Leodis Matthews waren nach Washington gereist, um sich Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vorzustellen und über ihre bisherige Arbeit zu informieren. Ein Zusammentreffen mit Mitgliedern der «Women's Foreign Policy Group», welche sich für Frauen in Führungspositionen in der internationalen Politik einsetzt, sowie Führungen durch die Library of Congress und die National Gallery of Art rundeten das Programm ab.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick stattete im Anschluss an die Sitzung des EWR-Rates in Brüssel am 16. November 2009 Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Europäischen Kommission und zuständig für die auswärtigen Angelegenheiten, einen Besuch ab. Das Gespräch betraf die Würdigung der generellen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Europäischen Union, den Stand und die Zukunft der EWR-Zusammenarbeit, die weitere Kooperation zwischen den beiden Partnern sowie europäische Entwicklungen im Allgemeinen.

Am 24. November 2009 empfing Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zum Antrittsbesuch im Von-Wattenwyl-Haus in Bern. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die aktuellen internationalen und bilateralen Entwicklungen, die Zusammenarbeit der beiden Staaten im Rahmen der UNO und anderen Gremien sowie internationale Finanzplatz- und Steuerfragen. Zur Sprache kamen auch Fragen wie Schengen/Dublin, EU, EWR und EFTA und die schweizerische Präsidentschaft im Europarat sowie aktuelle bilaterale Themen wie die Vereinbarung über die Zuteilung von Organen zur Transplantation und der Vertrag über die Umweltabgaben in Liechtenstein.

Unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick fand am 17. Dezember 2009 in Genf das EFTA-Ministertreffen statt. Die Ministerinnen und Minister der vier EFTA-Staaten diskutierten bei ihrem Herbsttreffen hauptsächlich den Stand sowie die weiteren Aussichten bezüglich der Freihandelsbeziehungen mit Drittstaaten. Im Rahmen eines Besuchs in Bratislava unterzeichnete Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick am 21. Dezember 2009 ein Memorandum of Understanding, welches die Aufnahme direkter diplomatischer Beziehungen mit der Slowakischen Republik zum Inhalt hat.

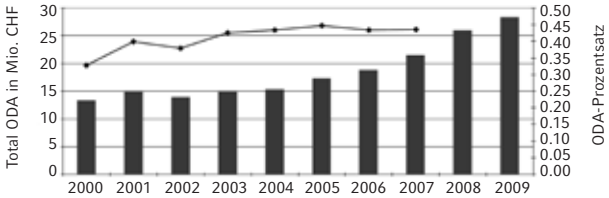
Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Die Regierung hat im Jahr 2009 insgesamt 27.4 Mio. Franken für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aufgewendet. Der Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gemäss OECD-Kriterien, in dessen Berechnung auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfliessen, beläuft sich auf 28.4 Mio. Franken.

Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

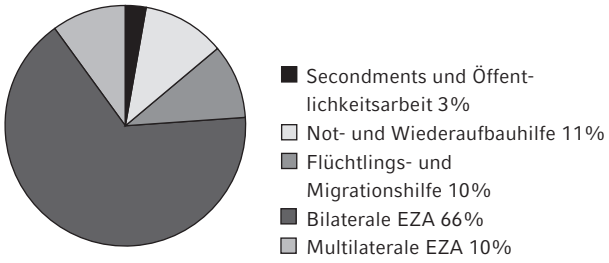
Jahr	BNE (in Mio. CHF)	ODA-anrechenbare Ausgaben	ODA-Prozentsatz
2000	4'112	13'451'090	0.33 %
2001	3'782	15'114'860	0.40 %
2002	3'698	14'010'065	0.38 %
2003	3'538	15'055'869	0.43 %
2004	3'553	15'395'590	0.43 %
2005	3'892	17'381'933	0.45 %
2006	4'399	18'843'051	0.43 %
2007	4'947	21'563'049	0.44 %
2008	Nicht bekannt	25'984'138	Nicht bekannt
2009	**Nicht bekannt**	**28'434'531**	**Nicht bekannt**

Ende Dezember 2009 wurde das Bruttonationaleinkommen (BNE), welches unter anderem für die Berechnung des so genannten ODA-Prozentsatzes benötigt wird, für das Jahr 2007 publiziert. Dieser Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum BNE aufzeigt, hat sich zur festen Grösse für den zwischenstaatlichen Vergleich etabliert. Mit einem BNE von 4'947 Mio. Franken ergibt sich für Liechtenstein für das Jahr 2007 ein ODA-Prozentsatz von 0.44.



IHZE-Beiträge 2009 nach Kategorien

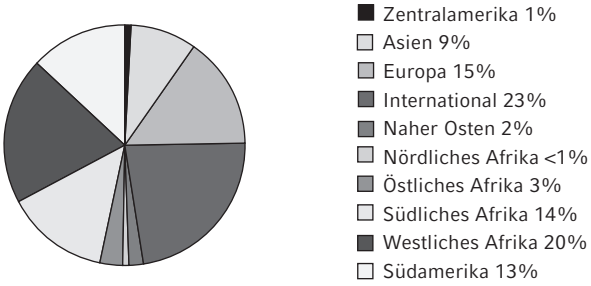
Die IHZE-Mittel werden nach einem intern festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kategorien aufgeteilt. Dabei gehen gut 65 Prozent des Budgets an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Schwerpunktländern. Der LED berichtet separat über die Verwendung dieser Gelder. Je 10 Prozent der Mittel gehen in die Not- und Wiederaufbauhilfe, die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit.



Im Berichtsjahr wurden die bestehenden vier Secondments beim UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), beim UNO-Sonderbeauftragten für intern Vertriebene, beim UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) sowie beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) weitergeführt. Mit Ausnahme des Secondments beim DCAF sind sämtliche Stellen auf maximal drei Jahre befristet. Die Stelleninhaberinnen befanden sich alle im dritten und letzten Jahr, wobei zwei Personen in Myanmar bzw. im Tschad einen Feldeinsatz leisteten.

IHZE-Beiträge 2009 nach Regionen

Bei der geographischen Verteilung der Mittel gab es nur geringfügige Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr. Weiterhin fliesst über ein Drittel (rund 38 Prozent) der Mittel nach Afrika. Das grösste Engagement befindet sich dort in den Schwerpunktländern des LED, konkret in Mosambik, Sambia, Zimbabwe, Burkina Faso, Mali, Niger und Senegal. 15 Prozent der Mittel werden in Europa ausgegeben, wobei sich die Aktivitäten hauptsächlich auf die Balkanländer Bosnien-Herzegowina und Kosovo (Ausländer- und Passamt) sowie die Republik Moldau (LED) konzentrieren. Ein ähnlich grosser Anteil der Mittel (14 Prozent) wird für Entwicklungsprojekte des LED in Lateinamerika (Bolivien, Peru, Costa Rica) verwendet. In Asien wurden die Aktivitäten in den relativ neuen Schwerpunktländern Afghanistan und Kirgistan im Berichtsjahr noch nicht stark ausgebaut, sodass sich der Anteil am Gesamtbudget immer noch unter 10 Prozent bewegt. Im üblichen Rahmen weitergeführt wurde die Projektunterstützung in den Bergregionen des Kaukasus durch das Amt für Wald, Natur und Landschaft. In der Sparte «International» sind alle Beiträge zusammengefasst, die nicht projektspezifisch ausbezahlt wurden oder nicht einem einzelnen Land zugeordnet werden können. Solche allgemeinen Beiträge sind für internationale Organisationen und sonstige Projektpartner essentiell, um die Finanzierung von Grundkosten, grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programmen zu ermöglichen.



Weitergehende Details können der nachstehenden detaillierten Projektliste entnommen werden. Im Berichtsjahr wurde zum ersten Mal ein Jahresbericht (für das Jahr 2008) über sämtliche Aktivitäten der IHZE veröffentlicht. Auf ansprechende Art und Weise wurden darin die Grundlagen der IHZE sowie Statistiken, Projektberichte, Interviews und Fotos präsentiert. Der Jahresbericht hat sich für die Information und Abgabe im In- und Ausland als äusserst wertvoll erwiesen, weshalb die Weiterführung dieser Publikation geplant ist. Er kann beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten bezogen oder auf *www.liechtenstein.li* (unter Staat, Aussenpolitik, IHZE) heruntergeladen werden. Der Jahresbericht 2009 erscheint im Juli 2010.

NOT- UND WIEDERAUFBAUHILFE (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Humanitäre Hilfe nach Zyklon	Bhutan	ADA	150'000	150'000
Nothilfe in Darfur	Sudan	Caritas CH	100'000	100'000
Nothilfeprogramm für Binnenvertriebene in Pakistan	Pakistan	Caritas CH	50'000	50'000
Spendenaufstockung Asiatisch-Pazifischer Raum	Philippinen	Caritas FL	60'000	60'000
Spendenerhöhung Tsunami	Sri Lanka; Indien	Caritas FL	96'875	96'875
Aufbau einer medizinischen Nothilfestation	Libanon	DEZA	175'000	175'000
Zivile Katastrophenbewältigung	Türkei	DEZA	275'000	275'000
Jahresbeitrag	International	Hilfswerk Liechtenstein	20'000	20'000
Transportkosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	103'933	103'933
Hilfsprogramme für Minenopfer	International	IKRK	100'000	100'000
Jährlicher Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	International	IKRK	200'000	200'000
Allgemeiner Beitrag an den IKRK-Sonderfonds für Behinderte	International	IKRK	50'000	50'000
Hilfsprogramme des IKRK	Israel; Palästina	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Kolumbien	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Philippinen	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Uganda	IKRK	100'000	100'000
Spendenaufstockung für Nahrungsmittelhilfe in Westafrika	Guinea; Guinea-Bissau; Mauretanien; Mali; Senegal	Kreuz des Südens	15'000	15'000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50'000	50'000
Spendenaufstockung Asiatisch-Pazifischer Raum	Indonesien	LRK	80'000	80'000
Spendenaufstockung Erdbebenopfer in den Abruzzen	Italien	LRK	40'000	0
Spendenerhöhung Tsunami	Sri Lanka; Indien	LRK	290'625	290'625
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	250'000	250'000
Medizinische Grundversorgung in Zimbabwe	Zimbabwe	SolidarMed	100'000	100'000
Beitrag im Rahmen des CHAP 2009 für Sri Lanka	Sri Lanka	UNHCR	50'000	50'000
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge	International	UNRWA	100'000	100'000
Beitrag im Rahmen des CHAP 2009 für Sri Lanka	Sri Lanka	WFP	50'000	50'000
Nahrungsmittelhilfe in Djibouti und Äthiopien	Djibouti; Äthiopien	WFP	200'000	200'000
Nothilfefonds des Welternährungsprogramms	International	WFP	100'000	100'000
TOTAL			**3'156'433**	**3'116'433**

FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSHILFE (Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Ausländer und Passamt)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag Migrationspartnerschaft Westlicher Balkan	Albanien; Bosnien-Herzegowina; Mazedonien; Serbien	BFM	350'000	350'000
Beitrag an Evaluation Community Building / Good Governance in Srebrenica und Bratunac	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	11'400	11'400
Counter Trafficking	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	50'300	50'300
Friedensbildung in ländlichen multi-ethnischen Gemeinschaften	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	37'000	37'000
Good Governance	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	92'000	92'000
Schaffung Wohnraum Roma-Kolonie Butmir	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	148'000	148'000
Wiederaufbau Drinatal	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	80'000	80'000
Aufbau Kompetenzzentrum Vorschulerziehung Drenas	Kosovo	Caritas CH	40'000	40'000
Beitrag zum Aufbau einer privaten Trägerschaft für die Berufsfachschule Gjakova	Kosovo	Caritas CH	170'000	170'000
Vorprojekt Umsiedlung Roma Gjakova	Kosovo	Caritas CH	51'150	51'150
Neubau Kindergärten Drenas / Prizren	Serbien	Caritas CH	70'000	70'000
Netzwerk gegen Menschenhandel	Ukraine	Caritas CH	180'000	180'000
Sozialarbeit mit Migrantenkindern	Ukraine	Caritas CH	180'000	180'000
Mädchenausbildung	Bosnien-Herzegowina	cfd	50'000	50'000
Migrations- und Entwicklungsprojekt in Armenien	Armenien	Caritas Vorarlberg	370'000	370'000
Allgemeiner Beitrag an IDMC	International	IDMC	100'000	100'000
Interethnic and Multilingual Media Production	Kosovo; Mazedonien	medienhilfe Schweiz	76'000	76'000
Roma-Medienprogramm	Mazedonien; Serbien	medienhilfe Schweiz	69'500	69'500
Schulbildung Roma-Jugendliche	Mazedonien	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi	40'000	40'000
Sekundarschulbildung Roma-Jugendliche	Serbien	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi	40'000	40'000
Förderung der Grundausbildung von Frauen in der Provinz Parwan	Afghanistan	RET	184'369	184'369
Nicht-zweckgebundener Beitrag UNHCR	International	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramme des UNHCR - Nördliches Afrika	Nördliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramme des UNHCR - Westliches Afrika	Westliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
TOTAL			**2'689'719**	**2'689'719**

BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)
Verwendung der Mittel, siehe separate Berichterstattung des LED

TOTAL	**17'900'000**	**17'900'000**

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Allgemeiner Beitrag an AITIC, Agency for Int. Trade Information and Cooperation	International	Aitic	50'000	50'000
Folterprävention in Lateinamerika (5-Jahresprogramm)	International	APT Basel	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag ans Centre for Governance and Anti-Corruption (GOV)	International	Institute on Governance	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag	International	Concordis International	20'000	0
Beitrag ans Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	International	DCAF	20'000	20'000
Aufbau einer Local Democracy Agency in Aserbeidschan	Aserbaidschan	Europarat	30'400	30'400
Beitrag für die Kriseneinsätze des Menschenrechtskommissars des Europarats	International	Europarat	53'200	0
Beitrag für Massnahmen des Europarats zur Verhütung von Folter	International	Europarat	38'000	0
Beitrag an das Programm «Children and Armed non-State Actors (CANSA)»	International	Geneva Call	30'000	0
Schulungskurse für Menschenrechtsverteidiger aus Entwicklungsländern	International	Geneva for Human Rights	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag Globaler Fonds gegen HIV / Aids, Malaria und Tuberkulose	International	Globaler Fonds gegen HIV/Aids	62'000	62'000
Beitrag ans Centre for Humanitarian Dialogue	Naher Osten	HD Centre	50'000	0
Beitrag ans generelle Budget des International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	460'000	460'000
Allgemeiner Beitrag an die International Commission of Jurists (ICJ)	International	ICJ International Commission of Jurists ISHR	12'000	0
Beitrag an den Service for Human Rights (ISHR)	International	Service for Human Rights	20'000	20'000
Suchtpräventionskampagne	Liechtenstein	Kommission für Suchtfragen	85'000	0
Beitrag an den UNO-Sonderberichterstatter über Folter	International	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte	30'000	0
Beitrag ans generelle Budget	International	Millennium Institute	50'000	50'000
Projekt zur verbesserten Umsetzung von Sicherheitsratsresolution 1325 zum Einbezug von Frauen in Friedensprozessen	International	NGO Working Group on Women Peace and Security	10'000	0
Aufbau von Kapazitäten für Berichterstattung in Entwicklungsländern	International	OHCHR	20'000	20'000
Nicht-zweckgebundener Beitrag an OHCHR	International	OHCHR	60'000	60'000
OHCHR-Fonds für Folteropfer	International	OHCHR	25'000	25'000
OHCHR-Fonds für technische Zusammenarbeit	International	OHCHR	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag an die Weltorganisation gegen Folter	International	OMCT	15'000	15'000
Beitrag für das «Human Rights and Anti-Terrorism Programme» des ODIHR	International	OSZE	50'000	50'000
Beitrag für den «Legislation Review Fund« des ODIHR	International	OSZE	70'000	70'000

Allgemeiner Beitrag an das Sekretariat der Police Cooperation Convention for South East Europe	International	PCC SEE	20'000	20'000
International Swiss U16 Cup	Sudan	SCORT Foundation	30'000	30'000
Allgemeiner Beitrag an UNAIDS	International	UNAIDS	25'000	25'000
Beitrag an das Mikrofinanz-Programm des UNO-Kapitalentwicklungsfonds	International	UNCDF	60'000	60'000
Beitrag an Microfinance-Programm in Sierra Leone	Sierra Leone	UNCDF	60'000	60'000
Freiwilliger Beitrag ans generelle Budget von UNDP	International	UNDP	50'000	50'000
Programm zur Verbesserung des Einbezugs von Frauen bei Entwaffnungs- und Reintegrationsprogrammen	International	UNDP	90'000	90'000
UNDP-Korruptionsbekämpfungsprogramm	International	UNDP	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag an UNFPA	International	UNFPA	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag an UNICEF	International	UNICEF	50'000	50'000
Thematischer Fonds für «HIV/Aids und Kinder»	International	UNICEF	150'000	150'000
Allgemeiner Beitrag an UNIFEM	International	UNIFEM	15'000	15'000
UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	International	UNIFEM	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag an UNITAR	International	UNITAR	10'000	10'000
Ausbildung zum Schutz von Zivilisten für Teilnehmende von Peacekeeping-Operationen	International	UNITAR	10'000	10'000
GPML – Globales Programm gegen Geldwäscherei	Elfenbeinküste	UNODC	102'000	102'000
Allgemeiner Beitrag Globales Programm gegen Terrorismus	International	UNODC	102'000	102'000
Genereller Beitrag an den Doha Trust Fund	International	WTO	40'000	40'000
Globale Kampagne für den Schutz von Kindern vor Missbrauch	International	WWSF	5'000	0
TOTAL			**2'404'600**	**2'071'400**

UMWELT UND NACHHALTIGKEIT (Amt für Wald, Natur und Landschaft)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Weiterbildungsstudium im Bereich nachhaltige Entwicklung	Turkmenistan	Botanisches Institut Ashgabad	22'000	22'000
Energieeffizienz-Programm	Kirgisistan	CAMP	18'000	18'000
Energieeffiziente Schulen in Kutaissi (Georgien) und Ararart (Armenien)	Armenien; Georgien	Diverse lokale Partner	104'000	104'000
Wiederherstellung von Infrastrukturbauten / Präventionskonzept Shalauri	Georgien	Diverse lokale Partner	121'000	121'000
Side-Event im Rahmen des Klimagipfels in Kopenhagen	International	International Mountain Partnerschip	10'000	0
Ökoeffiziente Schule in Sis	Aserbaidschan	REC Caucasus	9'000	9'000
Verbesserung des Abfallmanagements in Kutaissi	Georgien	REC Caucasus	17'000	17'000
Wiederherstellung Ökosystem Paliastomi-See in Poti	Georgien	REC Caucasus	40'000	40'000
Stärkung Zentralasiatische Dorfallianz AGOCA	Kirgisistan; Kasachstan; Tadschikistan	Sekretariat Alpenkonvention	9'000	9'000
TOTAL			**350'000**	**340'000**

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IHZE (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Artikel zu Mikrofinanz in «Die Zeit»	International	Div. Partner	6'885	6'885
Artikel zu Mikrofinanz (Jahrespublikation Weltbank)	International	Div. Partner	18'964	18'964
Internetauftritt MIL	International	Div. Partner	119	119
Jahresbericht IHZE 2008	International	Div. Partner	14'058	14'058
Mitgliederbeitrag	International	EMP European Microfinance Platform	750	750
Beitrag für die Teilnahme an der Fair-Trade-Messe	International	LED	10'000	10'000
TOTAL			50'776	50'776

SECONDMENTS (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	**Länder**	**Partner**	**Betrag CHF**	**ODA CHF**
Secondment bei DCAF (früher Stabilitätspakt für Südosteuropa)	International	DCAF	322'581	322'581
Liechtensteinisches Secondment bei OCHA / OHCHR/UNDP	International	OCHA	241'525	241'525
Liechtensteinisches Secondment beim UNHCR	International	UNHCR	176'302	176'302
Secondment bei GPML	International	UNODC	161'295	161'295
TOTAL			**901'703**	**901'703**

SONSTIGE BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN (Amt für Auswärtige Angelegenheiten und Aussenstellen)

Projekt	**Länder**	**Partner**	**Betrag CHF**	**ODA CHF**
Jahresbeitrag Internationaler Jagdbeirat	International	CIC	2'700	0
Beiträge CTBTO	International	CTBTO	11'757	0
Allgemeiner Beitrag	International	Global Humanitarian Forum	50'000	0
Deutschsprachige Sammlung der Entscheidungen des EGMR	International	Engel Verlag	20'000	0
Beitrag für die Akademie für Kommunalverwaltung im westlichen Balkan	Europa	Europarat	38'000	38'000
Beitrag Internationaler Strafgerichtshof ICC	International	ICC	13'998	0
Freiwilliger Beitrag an die International Crisis Group	International	ICG	10'000	0
Freiwilliger Beitrag ans International Center for Transitional Justice	International	ICTJ	10'000	10'000
Beitrag an Independent Diplomat	International	Independent Diplomat	10'000	0
Freiwilliger Beitrag an die International Peace Academy	International	IPA	10'000	0
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	14'652	0
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	1'000	1'000

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
OSZE-Unterstützungs-Team für Präsidentschaftswahlen in Afghanistan	Afghanistan	OSZE	22'800	22'800
Programm zum Schutz von kritischer Energie-Infrastruktur vor Terrorismus	International	OSZE	29'800	29'800
Programm zur Förderung des internationalen rechtlichen Rahmens gegen Terrorismus	International	OSZE	29'800	29'800
Programm zur Zusammenarbeit in Strafsachen in Zusammenhang mit Terrorismus	International	OSZE	29'800	29'800
Jahresbeitrag Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention	International	Sekretariat Alpen-konvention	25'855	0
Beitrag an das Sondergericht für Sierra Leone	Sierra Leone	Sonder-tribunale	10'000	0
Allgemeiner Beitrag an den EMEP Trust Fund	International	UNECE	572	0
Jahresbeitrag an den Zusatzfonds der Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	5'000	5'000
Jahresbeitrag Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	1'121	1'121
Jahresbeitrag Genfer Konvention (Konvention über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung)	International	UNECE	517	0
Beitrag an den Technical Cooperation Trust Fund der Basler Konvention	International	UNEP	5'300	5'300
Jahresbeitrag Basler Konvention	International	UNEP	555	555
Jahresbeitrag Biodiversitätskonvention	International	UNEP	1'371	7'371
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	595	595
Jahresbeitrag Rotterdamer Übereinkommen	International	UNEP	215	215
Jahresbeitrag Stockholmer Übereinkommen	International	UNEP	608	608
Jahresbeitrag UNEP bzw. Environment Fund	International	UNEP	8'056	8'056
Jahresbeitrag Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds)	International	UNEP	17'159	17'159
Jahresgebühr International Transaction Log des Klimasekretariats	International	UNFCCC	8'999	8'999
Jahresbeitrag Klimakonvention	International	UNFCCC	1'632	1'632
Jahresbeitrag Kyoto-Protokoll	International	UNFCCC	1'226	1'226
Reguläre Beiträge an UNO-Peacekeeping Missionen	International	UNO	651'336	45'594
Regulärer Beitrag UNO	International	UNO	258'250	30'990
Programm zur Stärkung des Einbezugs der Zivilgesellschaft bei der Drogen- und Verbrechensbekämpfung	International	UNODC	10'400	10'400
TOTAL			**1'313'074**	**306'021**

TOTAL IHZE-AUSGABEN GEMÄSS RECHNUNG	**27'453'231**	
Zwischentotal ODA		27'376'052
Flüchtlingsbetreuung im Inland		1'058'479
TOTAL ODA		**28'434'531**

AMTSSTELLE

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter lic. rer. pol. Roland Marxer

Zu den dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten zugeteilten Aufgabenbereichen gehören insbesondere die Vorbereitung und Bearbeitung sämtlicher Regierungsgeschäfte in Bezug auf internationale Übereinkommen und Staatsverträge, bilaterale und multilaterale sowie europäische und internationale Zusammenarbeit, internationale Organisationen und Konferenzen sowie diplomatische und konsularische Beziehungen. Ein Arbeitsschwerpunkt liegt dabei in der Erstellung von Anträgen an die Regierung sowie der entsprechenden Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag. Das Amt arbeitete in allen Bereichen eng mit den liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen im Ausland zusammen und übernahm zahlreiche Koordinationsaufgaben in den diversen Bereichen der Landesverwaltung bei den in der Zuständigkeit der diplomatischen Vertretungen liegenden Themen.

Im Berichtsjahr nahmen die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes neben den ihnen zugeteilten Aufgaben im Amt unter anderem auch die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg, des Botschafters in Berlin sowie weitere Aufgaben gemäss ihrer Zuteilung im Bereich der Aussenstellen wahr. Die Hauptbereiche der Tätigkeit des Amtsvorstandes und der diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes lagen in der bilateralen Zusammenarbeit mit der Schweiz, mit Österreich und mit der Bundesrepublik Deutschland sowie in der europäischen Zusammenarbeit [Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Europäische Patentorganisation (EPO), Europäische Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)] und der internationalen Zusammenarbeit [Vereinte Nationen (UNO), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (INTELSAT), Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren auch in diesem Berichtsjahr wieder mit den Vorbereitungsarbeiten zur Unterzeichnung und Ratifikation diverser Übereinkommen befasst und massgeblich für die Berichterstattung im Rahmen der internationalen Übereinkommen verantwortlich. Sie beantworteten auch diverse Anfragen aus der Bevölkerung sowie Fragebogen von internationalen Organisationen.

Der bilaterale Bereich war auch im Berichtsjahr wieder durch den politischen Dialog mit den beiden Nachbarländern Schweiz und Österreich geprägt. Der politische Dialog mit Österreich fand zum elften Mal seit seiner Einführung 1999 am 16. April in Vaduz statt. Am 26. Oktober konnte der zwölfte politische Dialog mit Österreich wiederum in Vaduz abgehalten werden. Der politische Dialog mit der Schweiz, welcher 2004 seinen Anfang nahm, fand zum sechsten Mal statt. Die beiden Delegationen trafen sich in Bern. Das Instrument des politischen Dialogs dient dem Gedankenaustausch zwischen den Vertretern des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und den Vertretern des österreichischen Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) und den Vertretern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Des Weiteren wurden im bilateralen Bereich in Zusammenarbeit mit dem Protokoll der Regierung zahlreiche Besuche im In- und Ausland vorbereitet und betreut sowie verschiedenste Anlässe organisiert und mitverfolgt. Es wurden, wie in den vergangenen Jahren, diverse Akkreditierungs- und Beglaubigungsverfahren für diplomatische und konsularische Vertreter durchgeführt. Eine immer grösser werdende Anzahl konsularischer Fälle konnte mit Hilfe der Liechtensteinischen Botschaft in Bern und des EDA gelöst werden. Das Amt bearbeitete zahlreiche Fragen aus dem In- und Ausland betreffend allgemeine Themen zu Liechtenstein sowie spezielle Themen zur liechtensteinischen Aussenpolitik und war in der Vermittlung von Kontakten zu Behörden und Vertretern der Privatwirtschaft aktiv. Der Amtsvorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten eine Reihe von Vorträgen zu Themen der liechtensteinischen Aussenpolitik und sie waren Gastgeber bei diversen Anlässen und Arbeitsessen.

Auch in diesem Berichtsjahr war das Amt intensiv mit den Vorkommnissen auf dem internationalen Finanzplatz sowie den internen Finanzplatz-Agenden beschäftigt.

Die verschiedenen Aspekte der Verbrechensverhütung und der Strafrechtspflege bildeten weiterhin wichtige Tätigkeitsschwerpunkte des Amtes. Die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt verfolgten die Entwicklung in den relevanten Gremien der UNO und des Europarats, vertraten die liechtensteinischen Interessen in den massgeblichen Gremien dieser Organisationen und nahmen an verschiedenen internationalen Konferenzen und Expertentreffen zur Bekämpfung der Korruption, der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Internetkriminalität, der Terrorismusfinanzierung und der Geldwäscherei teil. Zusammen mit anderen zuständigen Ressorts, insbesondere dem Ressort Justiz, wurde die Umsetzung der einschlägigen internationalen Instrumente weiter vorangetrieben.

Das Amt erstellte im Berichtsjahr den Bericht und Antrag an den Landtag zur Ratifikation des UNO-Übereinkommens gegen Korruption. Des Weiteren bereitete das Amt die am 17. Dezember in Strassburg erfolgte Unterzeichnung des Strafrechtsübereinkommens über Kor-

ruption sowie des dazugehörigen Zusatzprotokolls des Europarats vor und erarbeitete in Zusammenarbeit mit dem Ressort Justiz den notwendigen Umsetzungsbedarf hinsichtlich des UNO- wie auch des Europarats-Übereinkommens. Schliesslich bereitet das Amt den am 1. Januar 2010 erfolgenden Beitritt Liechtensteins zur Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarats vor. Das Amt hat weiterhin den Vorsitz in der «Arbeitsgruppe Korruptionsbekämpfung», welche die Umsetzung der Abkommen begleitet und koordiniert.

Im November des Berichtsjahrs behandelte das Europarats-Expertenkomitee gegen Terrorismus (CODEXTER) zum ersten Mal das von Liechtenstein eingereichte «Country Profile on Counter-Terrorism Capacity». Bei diesen Profilen zur Terrorismusbekämpfung handelt es sich um Länderberichte über die entsprechenden gesetzlichen und institutionellen Kapazitäten der Mitgliedsstaaten. Das liechtensteinische Länderprofil, welches vom Amt erstellt wurde, beinhaltet umfassende Informationen über das Engagement Liechtensteins in der internationalen Terrorismusbekämpfung (siehe: *www.coe.int*).

Das Amt war an den Verhandlungen betreffend die Revision des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen des Europarats und der OECD beteiligt. Auf Initiative der OECD hatte der Europarat beschlossen, das seit 1995 bestehende Übereinkommen den aktuellen OECD-Standards betreffend den Informationsaustausch in Steuersachen anzupassen und damit die multilateralen Anstrengungen in der Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu verstärken. Das Mandat für die Überarbeitung des Übereinkommens entstand im Rahmen eines G20-Treffens zur weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise.

Im Rahmen des weiteren Vorgehens betreffend den Finanzplatz arbeitete das Amt an der so genannten Liechtenstein-Erklärung vom 12. März mit. Auch an den Vorarbeiten zum Steuerinformationsabkommen (Tax Information Exchange Agreement – TIEA) zwischen Liechtenstein und Grossbritannien, welches am 11. August unterzeichnet wurde, war das Amt beteiligt. Zudem leistete das Amt seinen Beitrag zu den Vorarbeiten zur Unterzeichnung des Abkommens mit Luxemburg betreffend Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.

Im Berichtsjahr bereitete das Amt im Rahmen einer umfassenden Revision des Sexualstrafrechts die Umsetzung des Europaratsübereinkommens zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, des UNO-Fakultativprotokolls betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie sowie der Europaratskonvention zur Bekämpfung der Internetkriminalität vor. Ein weiterer Schritt zur Ratifikation der Europaratskonvention zur Bekämpfung der Internetkriminalität sowie des zugehörigen Zusatzprotokolls betreffend die Kriminalisierung von rassistischen und fremdenfeindlichen Akten, welche mittels Computersystemen begangen werden, erfolgte durch den vom Landtag im März verabschiedeten Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches mit Bezug auf die strafrechtliche Verfolgung verschiedener Delikte im Zusammenhang mit Computerkriminalität.

Das Amt war auch im Berichtsjahr beim Abschluss verschiedener bilateraler Vereinbarungen auf Regierungs- und Ämterebene beratend tätig. Insbesondere mit der Schweiz fanden intensive Kontakte, Verhandlungen und Gespräche statt. Gegenstand waren generelle politische Themen, aber auch spezifische Themen wie der Bereich der sozialversicherungsrechtlichen Unterstellung, der Umweltabgaben, des Strahlenschutzes, der Organtransplantation, der geistigen Eigentumsrechte sowie der Landwirtschaftspolitik.

Mit Österreich wurden Verhandlungen betreffend die Umsetzung der EWR-Arzneimittel-Richtlinien geführt. Gemeinsam mit dem Amt für Gesundheit und der Stabstelle EWR war das Amt für die Vorbereitung der Verhandlungen verantwortlich. Diese konnten im Berichtsjahr im Wesentlichen abgeschlossen werden.

Das Amt bereitete den am 3. Dezember 2008 unterzeichnete Rahmenvertrag betreffend die Zusammenarbeit in den Bereichen Visum, Einreise, Aufenthalt und polizeiliche Zusammenarbeit an der Grenze in einem Bericht und Antrag für den Landtag vor. Weiter war das Amt in der vom Inhaber des Ressorts Inneres, Regierungsrat Hugo Quaderer, geleiteten Arbeitsgruppe «Umsetzung Schengen» vertreten.

Das Amt bereitete die Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit Kanada und mit Kolumbien in entsprechenden Vorlagen für den Landtag auf. Ausserdem unterstützte es die Liechtensteinische Mission in Genf in den laufenden Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und Drittländern im Bereich «Geistiges Eigentum».

Im Bereich Menschenrechte war das Amt im Berichtsjahr sowohl mit der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit internationalen Menschenrechtsübereinkommen als auch mit der Vorbereitung der Ratifikation von weiteren für Liechtenstein relevanten Abkommen beschäftigt.

Als Teil der regelmässigen Berichterstattung im Rahmen der Menschenrechtsinstrumente reichte Liechtenstein im März den dritten Bericht zum Europaratsübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und im September den vierten Länderbericht zum UNO-Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ein. Letzterer wurde von der Stabsstelle für Chancengleichheit und dem Amt auf der Grundlage von Informationen weiterer spezialisierter Stellen und Ämter verfasst. Ausgehend von den Empfehlungen des zuständigen Kontrollausschusses im Rahmen der letzten Berichterstattung im Jahr 2007 dokumentiert der Bericht einerseits die aktuelle Situation der Gleichstellungspolitik und der Umsetzung der Frauenrechte in Liechtenstein und gibt andererseits Auskunft über die

Fortschritte, die seit der Einreichung des letzten Berichts in diesen Bereichen erzielt worden sind. Im Rahmen der Berichterstattung zur Minderheitenkonvention des Europarates wurde angesichts des vergleichsweise hohen Anteils ausländischer Staatsangehöriger in der liechtensteinischen Wohnbevölkerung die Integration von Gruppen thematisiert, die aufgrund religiöser, kultureller oder sprachlicher Verschiedenheiten mit Schwierigkeiten konfrontiert werden könnten. Da es in Liechtenstein keine nationalen Minderheiten im Sinne der Rahmenkonvention gibt, sind gewisse Bestimmungen der Konvention auf Liechtenstein jedoch nur beschränkt anwendbar. Sämtliche Berichte und Empfehlungen im Menschenrechtsbereich sind unter *www.liechtenstein.li* (Rubrik: Staat/Aussenpolitik/Menschenrechte) abrufbar.

Zur Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener Menschenrechtsübereinkommen leistete das Amt die entsprechenden Vorarbeiten. So ratifizierte Liechtenstein im Berichtsjahr zwei UNO-Übereinkommen im Bereich der Staatenlosigkeit, nämlich das Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen sowie das Übereinkommen über die Verminderung der Fälle von Staatenlosigkeit. Ebenfalls konnte die Unterzeichnung und Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Europaratsübereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten eingeleitet werden. Zudem leistete das Amt die Vorarbeiten zur Abgabe einer Erklärung der Regierung betreffend die vorläufige Anwendung gewisser Bestimmungen des Protokolls Nr. 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention in Bezug auf Liechtenstein. Es handelt sich dabei um diejenigen Bestimmungen des Protokolls, welche für die Erhöhung der Fallbehandlungskapazität des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg als besonders nützlich erachtet werden.

Des Weiteren war das Amt damit beschäftigt, den Rückzug von Vorbehalten, die Liechtenstein anlässlich der Ratifikation von internationalen Übereinkommen im Menschenrechtsbereich angebracht hatte, vorzubereiten. So konnten im Berichtsjahr je ein Vorbehalt zur UNO-Kinderrechtskonvention und zum UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte zurückgenommen werden. Beide Vorbehalte betrafen das Recht des Kindes auf eine Staatsbürgerschaft. Zudem konnten zwei Vorbehalte zum Übereinkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge zurückgezogen werden.

Das Amt wirkte im Berichtsjahr in diversen ämterübergreifenden Arbeitsgruppen zu menschenrechtsrelevanten Themen mit.

Zum ersten Mal führte das Amt im Berichtsjahr einen Dialog mit im Menschenrechtsbereich tätigen liechtensteinischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durch. Dieser Dialog soll nun institutionalisiert werden und einmal jährlich stattfinden. Die Idee zu diesem Dialog geht auf eine Empfehlung im Rahmen der ersten Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) Liechtensteins durch den UNO-Menschenrechtsrat zurück.

Als Abschluss der Aktivitäten anlässlich des Jubiläums «60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» im Jahr 2008 führten Mitarbeitende des Amts im Berichtsjahr eine Weiterbildungsveranstaltung für Mitarbeitende der Landesverwaltung mit dem Titel «Liechtenstein und die Menschenrechte» durch. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amts wirkten zudem an Veranstaltungen zur Sensibilisierung auf Menschenrechtsthemen als Referenten mit.

In der Internationalen Humanitäten Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) wurde im Berichtsjahr unter anderem der Bereich Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Zum ersten Mal wurde im Juli ein gemeinsamer Jahresbericht (über das Jahr 2008) publiziert, in dem alle IHZE-Akteure (Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Liechtensteinischer Entwicklungsdienst, Ausländer- und Passamt, Amt für Wald, Natur und Landschaft) über ihre Aktivitäten berichteten. Ergänzend zum Jahresbericht wurde eine Broschüre über die Kernelemente der IHZE erarbeitet. Damit liegen nun informative Materialien vor, die interessierten Kreisen im In- und Ausland abgegeben werden können. Zusammen mit dem LED stellte das Amt im April zudem die IHZE an der Fair-Trade- und Entwicklungszusammenarbeitsmesse in Stuttgart vor.

Im Gesetz über die IHZE ist vorgesehen, dass die Regierung eine Kommission einsetzen kann, welche sie in Entwicklungsfragen berät. In der im Berichtsjahr neu bestellten Kommission haben fünf externe Experten sowie Vertreter aller beteiligten Stellen und der Stabsstelle Finanzen Einsitz. Das erste Treffen fand im September statt. Das Amt war verantwortlich für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung.

Das Amt übte im Berichtsjahr seine Koordinationsfunktion aus und zeichnete sich verantwortlich für die gesamte Budgetierung sowie für die Abhaltung regelmässiger Koordinationstreffen der verschiedenen IHZE-Akteure. In den in seiner Zuständigkeit liegenden Kategorien der IHZE war das Amt für die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern und für die Vorbereitung und Auszahlung der Projektbeiträge zuständig.

Des Weiteren engagierte sich das Amt im Berichtsjahr in Vertretung der Regierung als Mitglied der «Microfinance Initiative Liechtenstein» (MIL). Besonders hervorzuheben ist die Publikation von Artikeln über die MIL in «Die Zeit» sowie in der Jahrespublikation der Weltbank.

Im Bereich Umwelt war das Amt im Berichtsjahr massgeblich an den Vorbereitungen für die jeweiligen Verhandlungsrunden betreffend den Klimagipfel in Kopenhagen beteiligt. Insbesondere wurden die Sitzungen innerhalb der Landesverwaltung zum Kyoto- und Post-Kyoto-Prozess, an welchen neben dem Amt für Umweltschutz, dem Amt für Wald, Natur und Landschaft und auch das Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft, das Amt für Volkswirtschaft und die Stabsstelle EWR vertreten waren, vom Amt koordiniert.

Das Amt hat im Berichtsjahr auch die Koordination der neuen Arbeitsstrukturen im Bereich Europäische Integration übernommen.

Wie in den vergangenen Jahren finanzierte Liechtenstein auch im Berichtsjahr für liechtensteinische Staatsangehörige Stellen in internationalen Organisationen und leistete damit einen Beitrag zur Erreichung der Ziele dieser Organisationen. So wurde im Berichtsjahr (JPO) weiterhin die Stelle eines «Junior Professional Officer» im Verbindungsbüro für die Schweiz und Liechtenstein des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) finanziert. Auch die Kosten für die Stelle eines «Associate Expert» beim UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in Wien und die Stelle eines «Associate Expert» im UNO-Büro für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten sowie im Büro der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte in New York bzw. in Genf wurden von Liechtenstein übernommen. Diese drei Secondments laufen im Jahr 2010 aus. Die Regierung wird darüber entscheiden, ob neue Secondments in Aussicht genommen werden sollen. Liechtenstein stellte auch einen Experten für das «Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)» und trägt die Kosten dafür. Für das DCAF kam dieser im Berichtsjahr bei der «Polizeichef-Vereinigung Südosteuropas (SEPCA)» in Sofia, Bulgarien, zum Einsatz. Die Vereinigung soll zur führenden Organisation in der Region für Entwicklung und Integration demokratischer Polizeinormen sowie der professionellen Förderung der Polizei werden. Das Amt war auch mit der sehr umfassenden und zeitintensiven Sachbearbeitung im Rahmen dieser so genannten Secondments beschäftigt.

Der Amtsvorstand und die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten im Berichtsjahr wiederum aktiv in zahlreichen Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Landesverwaltung mit. Der Amtsvorstand arbeitete in der Stiftung Image, der Strategiegruppe Finanzplatz, in der Task Force USA, im TQM-Lenkungsausschuss sowie im aussenpolitischen Expertenrat der Regierung aktiv mit. Ferner unterstützte er die Arbeitsgruppe betreffend Lenkungsabgaben. Das Amt hatte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe betreffend die verstärkten Sicherheitsvorkehrungen im Rahmen des «Visa Waiver Programs» mit den USA, in der Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sowie in der Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung. Des Weiteren arbeiteten die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes unter anderem aktiv in der Ständigen Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung, in der Verhandlungsdelegation zum Vertrag und zur Vereinbarung mit der Schweiz betreffend Umweltabgaben, in der Projektgruppe Statistik, in der Projektgruppe EXPO 2010 in Shanghai, in der Arbeitsgruppe zur Vaduzer Konvention, in der Arbeitsgruppe betreffend Sozialversicherungsrecht sowie im Menschenrechtsbereich am «Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels», sowie in der Arbeitsgruppe betreffend die Überprüfung des Handlungsbedarfs bezüglich Liechtensteins Beitritt zum UNO-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Das Amt war auch in diesem Berichtsjahr an der Vorbereitung und Durchführung verschiedener Konferenzen, Tagungen und Besuchen in Liechtenstein beteiligt, so am Besuch der Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes und am Informationstag für die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter. Zudem nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes im Auftrag der Regierung an diversen Konferenzen und internationalen Treffen im Ausland teil.

Im Bereich der diplomatischen und konsularischen Angelegenheiten war der Stand per Ende Berichtsjahr wie folgt: 77 Staaten sowie die Europäische Kommission und der Souveräne Malteser Ritterorden sind mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen im Fürstentum Liechtenstein akkreditiert. Per Ende Berichtsjahr waren 16 der Botschafterposten vakant. Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein neu direkte diplomatische Beziehungen mit der Tschechischen Republik, mit der Slowakischen Republik und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf. Per Ende Berichtsjahr sind 36 konsularische Vertreter und Vertreterinnen in Liechtenstein bestallt. 6 konsularische Posten sind vakant.

– Berufskonsuln	Generalkonsuln	6
	Konsuln	2
– Honorarkonsuln	Honorargeneralkonsuln	8
	Honorarkonsuln	19
	Honorarvizekonsuln	1

Die Betreuung der diplomatischen und konsularischen Vertretungen gehörte auch im Berichtsjahr wieder zu den wichtigen Aufgabenbereichen des Amtes in Zusammenarbeit mit dem Protokoll und der Liechtensteinischen Botschaft in Bern. In geringerem Masse war das Amt auch in Zusammenarbeit mit den Liechtensteinischen Botschaften vor Ort an der Betreuung der Liechtensteinischen Honorarkonsulate in Deutschland und in den USA beteiligt.

Das Amt war in der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe zum Katastrophen- und Krisenmanagement im Ausland vertreten und an der Erstellung eines diesbezüglichen Berichts beteiligt. Darin wurden Massnahmen für die Verbesserung der internen Abläufe und der Kommunikation bei allfälligen Krisenereignissen im Ausland beschlossen. Das Amt wurde beauftragt, einen Bericht über die Umsetzung dieser Massnahmen durch die betroffenen Amtsstellen bzw. diplomatischen Vertretungen zu erarbeiten.

Personalien/Interna
Die Öffentlichkeitsarbeit des Amtes umfasste auch im Berichtsjahr wieder diverse Vorträge, welche der Amtsleiter und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verschiedensten Themen der Aussenpolitik hielten. Insbesondere zu erwähnen sind der Jahresbericht 2008 und die Jahresbroschüre 2009 betreffend die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE), welche das Amt erstellt hat und von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Aufgrund der positiven Reaktionen wird nun sowohl der Jahresbericht als auch die Broschüre jedes Jahr herausgegeben.

Der Amtsleiter sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes bildeten sich auch im Berichtsjahr wieder durch den Besuch interner und externer Kurse weiter. Zudem startete das Amt eine amtsinterne Weiterbildungsreihe, in welcher Themen wie Souveränitätspolitik, Diplomatische und Konsularische Beziehungen, Beziehungen zur Schweiz, Internationale Organisationen etc. in Blockseminaren vertieft behandelt werden.

Im Oktober besuchte der Amtsleiter gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes zu Weiterbildungszwecken im Rahmen der Kulturaussenpolitik die Fondation Beyeler in Riehen, Basel.

KONFERENZEN UND TAGUNGEN

EUTELSAT

36. (ordentliches) Treffen der Vertragsparteien: 13.-14.5. in Paris
(Vertretung durch die Schweizer Delegation.)

Europäische Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) und deren Organisationseinheiten (ECRTA, ERO, ERC, ECC, CERP)

Ausserordentliche Vollversammlung der (CEPT): 19.-20.3. in Kopenhagen
(Teilnahme Kurt Bühler, Amtsleiter, Amt für Kommunikation)

Technische Treffen
An den diversen Treffen im Rahmen von ERO, ERC, ECTRA und ECC war Liechtenstein durch das Amt für Kommunikation oder aufgrund entsprechender Vollmachten durch die Schweiz vertreten.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

18. Jahrestagung des Gouverneursrats: 15.-16.5. in London
(Regierungsrat Martin Meyer, Gouverneur für Liechtenstein, Botschafter Roland Marxer, Stellvertretender Gouverneur für Liechtenstein)

Europarat

119. Session des Ministerkomitees: 12.5. in Madrid
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Daniel Ospelt, Dominik Marxer, Zweiter Sekretär)

EFTA

22. EFTA-Ministerrat: 21.-23.6. in Hammar, Norwegen
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Norbert Frick, Edgar Nipp, Ressortsekretär)

23. EFTA-Ministerrat: 17.12. in Genf
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Norbert Frick, Ministerin Doris Frick, Minister Patrick Ritter, Beatrice Fankhauser, Zweite Botschaftssekretärin)

EWR

EWR-Ministerrat: 19.5. in Brüssel
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschaftsrat Georges Baur)

ECOFIN-Treffen: 10.11. in Brüssel
(Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Peter Beck, Ressortsekretär des Regierungschefs, Katja Gey, Ressort Präsidium)

EWR-Ministerrat: 16.11. in Brüssel
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschaftsrat Georges Baur)

Welthandelsorganisation (WTO)

WTO-Ministerrat: 30.11.-2.12. in Genf
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Norbert Frick)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

OSZE-Implementierungstreffen der menschlichen Dimension: 28.9.-9.10. in Warschau
(Domenik Wanger, Erster Sekretär)

OSZE-Ministerrat: 1.-2.12. in Athen
(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Domenik Wanger, Erster Sekretär)

UNO/Verschiedenes

52. Session der UNO-Betäubungsmittelkommission: 11.-20.3. in Wien
(Esther Kocsis, Suchtmittelbeauftragte beim Amt für Soziale Dienste)

X. Alpenkonferenz: 12.3. in Evian
(Regierungsrat Hugo Quaderer, Amtsleiter Felix Näscher, Ressortsekretärin Jeannine Preite-Niedhart)

4. Konferenz der Vertragsstaaten der Stockholmer Konvention über Persistente Organische Schadstoffe (POP): 4.-8.5. in Genf
(Vertretung durch die Schweiz)

17. Session der UNO-Kommission über die Nachhaltige Entwicklung: 4.-15.5. in New York
(Teilnahme durch Mission in New York)

Vierer-Umweltministertreffen: 8.-9.6. in Salzgitter (D)
(Regierungsrätin Renate Müssner, Ressortsekretärin Jeannine Preite-Niedhart, Amtsleiter Helmut Kindle, Amtsleiter Felix Näscher)

Dritte Weltklimakonferenz (WCC-3): 31.8.-4.9. in Genf
(Regierungsrätin Renate Müssner, Amtsleiter Felix Näscher, Amtsleiter Helmut Kindle)

UNO Klima-Gipfel: 22.9. in New York
(Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher, Amtsleiter Roland Marxer, Ressortsekretär Peter Beck und Vertreter der Mission in New York)

12. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen gegen Folter: 13.10. in Genf
(Botschafter Norbert Frick, Minister Patrick Ritter)

Konferenz zum Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen: 24.-25.10. in New York
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Amtsleiter Roland Marxer, Botschafter Christian Wenaweser)

21. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls: 4.-8.11. in Port Ghalib (Ägypten)
(Vertretung durch die Schweiz)

28. Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte: 9.11. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Botschaftsrat Stefan Barriga, Georg Sparber, Zweiter Sekretär)

Konferenz der Vertragsparteien des Protokolls V zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 9.-10.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

Konferenz 60 Jahre Genfer Konventionen: 9.-10.11. in Genf
(Christine Lingg, Erste Sekretärin)

Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 11.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen: 12.-13.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

8. Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC): 19.-26.11. in Den Haag
(Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Botschaftsrat, Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

15. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und 5. Treffen der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls: 7.-18.12. in Kopenhagen
(Regierungsrätin Renate Müssner, Amtsleiter Felix Näscher, Sven Braden, Mitarbeiter Amt für Umweltschutz, Patrick Insinna, Mitarbeiter Amt für Umweltschutz)

Übereinkommen

UNO

- Hinterlegung der Beitrittsurkunde zum Protokoll vom 14. Oktober 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt: 28.8.
- Hinterlegung der Beitrittsurkunde zum Protokoll vom 14. Oktober 2005 zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden: 28.8.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen vom 13. April 2005: 25.9.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954: 25.9.
- Hinterlegung der Beitrittsurkunde zum Übereinkommen über die Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit vom 30. August 1961: 25.9.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Änderung vom 8. Juli 2005 des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial: 13.10.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Schlussakte der 17. Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (ITU): 24.11.

EUROPARAT

- Hinterlegung der Erklärung betreffend die vorläufige Anwendung gewisser Bestimmungen von Protokoll Nr. 14 zur EMRK: 24.8.
- Unterzeichnung des Strafrechtsübereinkommens über Korruption vom 27. Januar 1999 sowie des Zusatzprotokolls vom 15. Mai 2003: 17.11.

EU/EFTA/EWR
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und den GCC-Staaten: 22.6.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kanada: 1.7.
- Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein zur Festlegung der Modalitäten der Beteiligung dieser Staaten an der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX): 30.9.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kolumbien: 18.11.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Albanien: 17.12.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Serbien: 17.12.

Verschiedenes
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Patentrechtsvertrag vom 1. Juni 2000: 18.9.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Markenrechtsvertrag von Singapur vom 27. März 2006: 30.11.

DIPLOMATISCHE VERTRETUNGEN IM AUSLAND

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiter: Botschafter Dr. Hubert Büchel

Hauptaufgabe der Botschaft in Bern ist die Pflege der vielfältigen, freund-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die Kontakte auf Regierungsebene sowie auf den Ebenen der Ämter bildeten auch 2009 die Schwerpunkte. Eine weitere wesentliche Aufgabe der Botschaft ist ihre Funktion als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern.

Die Beziehungen Liechtenstein – Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz sind von intensiven und freundschaftlichen Kontakten auf allen Ebenen geprägt und wurden auch im Jahr 2009 intensiv gepflegt. Die liechtensteinische Regierung besuchte verschiedene Kantonsregierungen und es wurden umgekehrt einzelne Kantonsregierungen in Vaduz empfangen. Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher, Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer, Aussenministerin Dr. Aurelia Frick und Innenminister Hugo Quaderer weilten zu Antrittsbesuchen in Bern. Der direkte Kontakt zwischen den Ämtern beider Länder und der regelmässige Kontakt auf diplomatischer Ebene ermöglichten eine laufende Koordination der Geschäfte und gewährleisteten die gegenseitige Information.

Kontakte mit den Botschaften in Bern

Die liechtensteinische Botschaft wirkte im Berichtsjahr weiterhin intensiv als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern. Hervorzuheben ist die Organisation des Besuchs S.D. Erbprinz Alois von Liechtenstein sowie von Aussenministerin Dr. Aurelia Frick in Moskau im September 2009. Im kulturellen Bereich ist die Mitwirkung an einer liechtensteinisch-luxemburgischen und einer japanischen Kunstausstellung in Vaduz bzw. Triesen sowie an einem indonesischen Kulturanlass in Vaduz zu erwähnen.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die etwa 1'700 in der Schweiz lebenden liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Ausserdem werden sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netz der Schweiz eingehen, vom EDA über die Botschaft geleitet. Diese Tätigkeit hielt sich 2009 im üblichen Rahmen. Weiterhin bedeutend war die Anzahl der Ansuchen um Rechtshilfe in Straf- und Zivilsachen.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone und beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Mit dem Königreich Belgien wurde anlässlich des Treffens der EU-Finanzminister ein Steuerabkommen abgeschlossen.

Die Botschaft beim Königreich Belgien und beim Heiligen Stuhl hatte ferner wiederum verschiedene Gelegenheiten, Kontakte mit offiziellen Stellen beider Partner zu pflegen, repräsentative Aufgaben wahrzunehmen und den Informationsaustausch sowie das Konsularwesen zu pflegen. Weiters waren Medienkontakte nicht zuletzt im Bereich des Finanzplatzes häufig.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgaben der Botschaft in Berlin sind die Pflege und der weitere Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland. Neben den Kontakten auf Bundesebene werden auch Beziehungen zu einer Reihe von Bundesländern gepflegt. Das Jahr 2009 war geprägt von den Regierungswechseln in beiden Ländern. Nach den schwierigen Monaten des Jahres 2008 ging es deshalb darum, die Kontakte auf der personell jeweils neu besetzten Regierungsebene wiederaufzunehmen. Die Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009 spielte für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Steuerinformationsaustauschabkommen eine zentrale Rolle, da sie den politischen Willen Liechtensteins zur Steuerkooperation sichtbar dokumentierte. Das Abkommen mit Deutschland wurde im September 2009 in Vaduz unterzeichnet.

Das Jahr 2009 in den Beziehungen Liechtenstein – Deutschland

Bilaterales Steuerabkommen und Zustimmung Deutschlands zur Schengen-Assoziierung

Nachdem das Bundesministerium der Finanzen im Januar 2009 Interesse an einem bilateralen Kontakt mit Liechtenstein signalisiert hatte, wurden im März Vorgespräche über ein Abkommen im Bereich der Steuerkooperation aufgenommen. Der liechtensteinische Ansatz orientierte sich dabei an der Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009, also an der vorbehaltlosen Übernahme des OECD-Standards für Transparenz und Steuerkooperation. Die Botschaft führte begleitend zu diesem Prozess Gespräche mit Ministerien, Abgeordneten des Deutschen Bundestags und Vertretern der Bundesländer, um diese über die Neupositionierung Liechtensteins zu informieren. Im Mai begannen die formellen Verhandlungen mit dem Ziel, zunächst ein Abkommen über den Austausch von Steuerinformationen anzustreben. Diese wurden am 10. Juli 2009 erfolgreich abgeschlossen. Am 2. September 2009 fand in Vaduz die Unterzeichnung statt. Man kann das Abkommen als das erste substantielle Abkommen zwischen Deutschland und Liechtenstein bezeichnen. Es stellt zweifelsohne einen wichtigen Schritt in den bilateralen Beziehungen der beiden Länder dar. Wenige Wochen nach der Unterzeichnung stimmte die deutsche Seite auch der Schengen-Assoziierung Liechtensteins zu. In der Medienberichterstattung über Liechtenstein setzte 2009 vor allem in der zweiten Jahreshälfte eine spürbare Entspannung ein. Die liechtensteinischen Anstrengungen zur Steuerkooperation in Europa wurden zur Kenntnis genommen.

Kontakte auf Regierungsebene

Am 25. Mai hielt Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher einen Vortrag vor dem Schweizerisch-Deutschen Wirtschaftsclub in Frankfurt am Main, tags darauf traf er mit dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zu einem Arbeitsgespräch zusammen. Auf Ebene der Bundesländer stattete ausserdem Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick am 16. Oktober dem hessischen Staatsminister für Europaangelegenheiten und Justiz, Jörg-Uwe Hahn, einen Höflichkeitsbesuch in Wiesbaden ab. Die Regierungsrätin hatte zuvor die Frankfurter Buchmesse besucht.

Kontakte in den Bereichen Kunst und Kultur

In politisch nicht immer einfachen Zeiten zeigte sich erneut die wichtige Brückenfunktion der Kultur. Im Januar fanden in Berlin zwei Ausstellungen mit liechtensteinischer Kunst statt. Die erste trug den Titel «Projection and Reality» und wurde im Rahmen der Initiative «Liechtenstein Contemporary» eröffnet. Im Stadtteil Berlin-Mitte wurden Arbeiten von Arno Oehri und Martin Walch gezeigt. Die zweite Ausstellung hiess «konkret poetisch – Künstler aus Liechtenstein» und wurde im Stadtbezirk Treptow/Köpenick präsentiert. Hier waren Werke von Roberto Altmann, Hanna Roeckle und Martin Walch zu sehen.

Am 23. September fand im Café Einstein Unter den Linden in Berlin erstmals ein politisch-literarischer Abend zum deutsch-liechtensteinischen Verhältnis statt. «Wie sehen die Deutschen die Liechtensteiner und wie sehen die Liechtensteiner die Deutschen?» – das waren die Fragen, mit denen sich der deutsche Schriftsteller Richard Pietrass und der liechtensteinische Autor Stefan Sprenger auf nachdenkliche, aber auch humorvolle Art auseinandersetzten. Am 17. Oktober wurde dieser Anlass in Weimar wiederholt, dieses Mal in Kooperation mit dem Kulturkreis Liechtenstein-Weimar.

Ab 29. Oktober wurde darüber hinaus eine bemerkenswerte Ausstellung im Liechtensteinischen Landesmuseum gezeigt. Die Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar lieh erstmals Teile ihrer berühmten Sammlung von ersten Buchdruckwerken (um 1450) an ein anderes Land aus.

Zum kulturellen Austausch gehörte auch 2009 wieder eine aktive Vortragstätigkeit der Botschaft an Universitäten und vor interessierten Verbänden.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiterin: Botschafterin Claudia Fritsche

Im ersten Jahr nach der Amtsübernahme von Präsident Barack Obama ging es für die liechtensteinische wie auch für die meisten anderen Botschaften in Washington darum, die neuen Beamten insbesondere im Aussen-, Finanz- und Justizministerium zu kontaktieren und ihre Kenntnisse über die Liechtenstein betreffenden Themen zu vertiefen.

Innenpolitisch waren in den USA die Gesundheitsreform sowie die anhaltende problematische Wirtschaftslage und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit die prioritären Themen.

Nach der durch die Steueraffäre schwierigen Zeit im Jahr 2008 können die bilateralen Beziehungen mit den USA im Berichtsjahr als entspannter bezeichnet werden. Sehr viel dazu beigetragen haben die Verabschiedung der Liechtenstein-Erklärung vom 12. März sowie die planmässige Implementierung des Abkommens über den Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten (TIEA), welches im Dezember des Vorjahres unterzeichnet worden war.

Finanzplatzrelevante Entwicklungen

Die Liechtenstein-Erklärung vom 12. März wurde von den amerikanischen Behörden im Finanz-, Justiz- und Aussenministerium sehr positiv aufgenommen. In einem Schreiben des Regierungschefs waren am 12. März sowohl die amerikanische Aussenministerin Hillary Clinton als auch der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner über die Liechtenstein-Erklärung informiert worden. Demselben Zweck diente gleichentags eine persönliche Vorsprache der Botschafterin im für Liechtenstein zuständigen Referat des Aussenministeriums. Die innerhalb kurzer Zeit mit insgesamt 14 Staaten abgeschlossenen Abkommen betreffend den Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten untermauerten die diesbezügliche Eigenverpflichtung der Regierung und trugen dazu bei, dass Liechtenstein als vertrauenswürdiger Partner eingeschätzt wird, der sein Wort hält.

Die Kontakte auf Minister-, Botschafts- und Beamtenebene konzentrierten sich auf die Implementierung des TIEA im Hinblick auf dessen Inkrafttreten am 1. Januar 2010 und damit zusammenhängend die Verlängerung des QI-Status für die liechtensteinischen Banken, auf die Erörterung weiterer Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Steuerfragen, die Evaluierung der Auswirkungen von FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) sowie die Information des Kongresses über die Streichung Liechtensteins von der «grauen» OECD-Liste. Die bestehenden guten Verbindungen zu einzelnen Mitgliedern des Kongresses sowie ihren Mitarbeitern resultierten in einem äusserst nützlichen informellen Informationsaustausch.

Senator Carl Levin äusserte sich am 13. März zu den von Liechtenstein, der Schweiz, Österreich, Belgien, Luxemburg und Andorra angekündigten Massnahmen und würdigte sie. Nachdem deren Implementierung Jahre dauern und diese zudem Steuermissbräuche nicht ganz ausräumen werden, sei, so Senator Levin, der «Stop Tax Haven Abuse Act» aktueller denn je.

Der Finanzausschuss des Senats befasste sich in einem Hearing am 17. März mit dem Thema «Tax Issues Related to Ponzi Schemes and an Update on Offshore Tax Evasion Legislation». Vorgängig zu diesem Hearing hatten seitens der Botschaft und zusammen mit Covington & Burling verschiedene Treffen mit Kongressmitarbeitern stattgefunden, im Rahmen welcher die Liechtenstein-Erklärung vom 12. März erläutert und die Bedenken gegenüber der «Stop Tax Haven Abuse Bill» zum Ausdruck gebracht wurden. Ein Schreiben an die hauptverantwortlichen Senatoren wurde ergänzend dazu übergeben.

Ein von den Senatoren Levin und Dorgan in Auftrag gegebener Bericht kam u.a. zum Schluss, dass einige der grössten börsenkotierten amerikanischen Unternehmen Offshore-Aktivitäten in sogenannten Steuerparadiesen, darunter Liechtenstein, betreiben und dadurch ihre Steuerpflichten in den USA teilweise umgehen. Seitens der FIU wurden entsprechende Abklärungen in die Wege geleitet.

Um immer wieder vorgebrachter Kritik am eigenen Finanzplatz entgegenzutreten, unterbreiteten die Senatoren Levin, Grassley und McCaskill einen Gesetzesentwurf mit dem Titel «Incorporation Transparency and Law Enforcement Assistance Act». Er zielt auf die vielfach kritisierte Intransparenz bei der Gründung von US-Gesellschaften ab, bei denen die Bundesstaaten (Delaware, Nevada) die Identität der wirtschaftlich Berechtigten der Firmen nicht kennen.

Unter dem Titel «Foreign Account Tax Compliance Act» (FATCA) wurde am 27. Oktober vom Vorsitzenden des Finanzausschusses, Senator Max Baucus (D-Mont), sowie vom Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses, Congressman/Chairman Charles Rangel (D-NY), gemeinsam ein Gesetzesentwurf zu weiteren Regulierungen vorgelegt.

Am 24. November wurde in der Botschaft von Antigua und Barbuda das mit Liechtenstein abgeschlossene Abkommen über den Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten (TIEA) unterzeichnet, am 11. Dezember in der Liechtensteinischen Botschaft jenes mit St. Kitts und Nevis.

Am 11. Dezember reichte Congressman John Sullivan, Co-Vorsitzender des Congressional Friends of Liechtenstein Caucus, in der Form von «extension of remarks» im US-Repräsentantenhaus einen Text ein, der die Veränderungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein darlegt und würdigt. Dieser Text ist allen Mitgliedern des Kongresses als integraler Bestandteil der offiziellen Akten zugänglich.

US-Aussenministerium

Präsident Obama nominierte mit Donald Beyer einen bekannten und populären Politiker und Geschäftsmann aus dem Bundesstaat Virginia als neuen US-Botschafter in der Schweiz und in Liechtenstein.

Kongress

Der jährliche traditionelle Besuch von Mitgliedern des US-Kongresses in Liechtenstein hatte ursprünglich eine Gruppe von sieben (republikanischen) Mitgliedern im Plan. Schliesslich besuchten aber nur zwei Abgeordnete am 16./17. Februar Liechtenstein, nämlich Congressman Jim Sensenbrenner und Congressman Tom Price.

Sechs teilweise hochrangige Mitarbeiter von Mitgliedern des US-Kongresses statteten Liechtenstein vom 24.-26. Mai einen Besuch ab, welcher sehr erfolgreich verlief und sein Ziel erreichte, nämlich den Besuchern zu verdeutlichen, aus welchen Elementen sich die liechtensteinische Wirtschaft zusammensetzt, wie sich der Finanzplatz in den letzten Monaten verändert hat und wie Liechtenstein im Ausland und insbesondere in den USA gerne wahrgenommen werden möchte.

Honorarkonsulate

Die beiden Konsulate arbeiten weisungsgemäss eng mit der Botschaft zusammen. Die Konsuln nehmen sehr viele sich bietende Gelegenheiten wahr, um Liechtenstein in das Bewusstsein zu rücken und über Liechtenstein zu informieren, dies entweder durch Vorträge, die Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen, an Veranstaltungen des konsularischen Corps sowie durch den Versand und das Auflegen von einschlägigem Informationsmaterial. Die Stiftung Image Liechtenstein war in Bezug auf die Zurverfügungstellung von Informations- und Werbematerial sehr hilfreich.

Am 17. März verabschiedete das Repräsentantenhaus des Bundesstaates von Georgia in Anwesenheit von Botschafterin Claudia Fritsche eine Erklärung zur Würdigung der Tatsache, dass Liechtenstein sein erstes Honorarkonsulat im Staat Georgia errichtete – der Senat hatte eine ähnlich lautende Erklärung am 30. Januar verabschiedet, in welcher zudem Honorarkonsul Dr. Bruce Allen gewürdigt wurde.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick traf die beiden Honorarkonsuln Dr. Bruce Allen und Leodis Matthews während ihres Besuches vom November in Washington und liess sich über die bisherigen Aktivitäten der Konsulate informieren.

Kultur

Die im Dezember 2008 eröffnete Ausstellung von sieben liechtensteinischen Künstlern und Künstlerinnen in der Alex Gallery in Washington wurde bis Ende Februar 2009 verlängert.

Am 4. März fand die traditionelle Gedichtlesung der BotschafterInnen von neun Kleinstaaten in der National Geographic Society statt. Sie stand im Zeichen von Umweltthemen. Der vorgetragene liechtensteinische Beitrag bestand aus Kurzgedichten von Evi Kliemand.

Am 9. Mai nahm die Botschaft mit einem betreuten «Liechtenstein-Tisch» am dritten Internationalen Kinder-Festival im Meridian International Center in Washington teil.

Das seit November des Berichtsjahres in allen grossen amerikanischen Buchhandlungen aufliegende Buch «Best European Fiction 2010» enthält eine Beitrag von Mathias Ospelt. Weitere 30 europäische Länder hatten sich beteiligt. Mit einem sehr geringen finanziellen Beitrag konnte eine sehr wünschbare Breitenwirkung erzielt werden.

Öffentlichkeitsarbeit

6. Febr.	Dritte gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit dem Think Tank *CSIS (Center for Strategic and International Studies)* über die Rolle des neuen Kongresses in der amerikanischen Aussenpolitik. Die Veranstaltungsreihe trägt den Namen *«Small States Forum»*
10. Febr.	Eröffnung der neuen Botschaftsräumlichkeiten (Residenz und Kanzlei) – Empfang mit Persönlichkeiten aus Politik, Medien, Wirtschaft und dem öffentlichen Leben, in Anwesenheit von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck
21. Mai	Empfang für Mitglieder des *International Club of Washington* in der Residenz mit Kurzansprache der Botschafterin
22. Mai	Vierte gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit CSIS zum Thema «Internationale Herausforderungen des US-Kongresses in den ersten 100 Tagen der Regierung von Präsident Obama» mit Congressman Mac Thornberry (R-TX) und Congresswoman Jan Schakowsky (D-IL)
2. Juni	Vorträge der Botschafterin vor dem Kiwanis Club sowie an der *University of Alabama* in Birmingham, Alabama
3. Juni	Vorträge der Botschafterin am *Goethe Institut/ German Cultural Center* in *Atlanta sowie dem Atlanta Council* on International Relations
6. Juni	Teilnahme der Botschaft mit einem «Team Liechtenstein» am *«Susan G. Komen Race for the Cure»* (Benefizlauf zugunsten der Brustkrebsforschung)
1. Juli	Kurzvortrag vor 25 Studentinnen und Studenten aus 20 Ländern in der Residenz im Rahmen der *Global Young Leaders Conference*
8. Juli	Vortrag der Botschafterin vor 50 Studentinnen und Studenten im Rahmen der *National Student Leadership Conference*, American University

29. Aug. Festansprache von S.D. Prinz Philipp von und zu Liechtenstein anlässlich der Diplomverleihung in der *Georgetown University McDonough School of Business*

6. Sept. Vortrag der Botschafterin vor der *Georgia Society of Association Executives* in Atlanta, Georgia

30. Sept. Teilnahme der Botschafterin an den letzten 5 Kilometern des *«Climate Ride»* von Georgetown bis zum Capitol, zusammen mit den Botschaftern von Deutschland, Island, Dänemark, Luxemburg sowie Vertretern weiterer Botschaften. Zweck war die Bewusstseinsförderung für die Klimaveränderung, die Benutzung von Fahrrädern sowie die Klimakonferenz in Kopenhagen

13. Okt. Kurzvortrag der Botschafterin vor einer Gruppe von 30 Personen der renommierten Reiseorganisation «Exploritas» mit anschliessendem Empfang in der Residenz

14. Okt. Kurzvortrag der Botschafterin vor einer Gruppe der *Young Professionals in Foreign Policy* mit anschliessendem Empfang in der Residenz

5./6. Dez. Reise des Botschaftspersonals nach New Orleans, um beim St. Bernard Project am Wochenende Freiwilligenarbeit an der Totalrenovation des Hauses einer rückkehrwilligen Familie zu leisten – die Firma HILTI AG hatte auf Ansuchen der Botschaft eine grosszügige Anzahl von Werkzeugen und Baumaterialien gespendet

Eine von Konsul Leodis Matthews organisierte Reise der Botschafterin führte vom 20.-23. Oktober in die Bundesstaaten Kalifornien, Nevada und Arizona. Auf dem Programm standen u.a.:

- Empfang in der Residenz von Konsul Matthews/Ausstellung der von der liechtensteinischen Künstlerin Artemis gewobenen Odyssee
- Treffen mit Gouverneur Arnold Schwarzenegger
- Vortrag University of Southern California, Center on Public Diplomacy
- Vortrag University of California in Berkeley, Institute of European Studies
- Treffen mit der Bürgermeisterin von Northern Las Vegas
- Treffen mit Mitgliedern des Repräsentantenhauses von Nevada
- Vortrag University of Nevada in Las Vegas
- Vortrag Arizona State University in Phoenix
- Mittagessen Arizona Consular Corps
- Besichtigung und Gespräche in der Salt River Pima-Maricopa Indian Tribe Reservation

BESUCHE VON REGIERUNGSMITGLIEDERN IN WASHINGTON

Der Besuch von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher in Begleitung von Botschafter Roland Marxer, René Brülhart (FIU) und Dr. Katja Gey (Ressort Präsidium) vom 23.-25. September beinhaltete hochrangige Gespräche im Kongress, im National Security Council und im Finanzministerium. Der Regierungschef konnte den Dank und die Anerkennung der amerikanischen Behörden für die bisherige gute Zusammenarbeit, einschliesslich der Umsetzung des im Dezember 2008 unterzeichneten TIEA, entgegennehmen. Von liechtensteinischer Seite wurde der Anstoss zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten gegeben. Die Begegnungen mit rund zehn Mitgliedern des US-Kongresses wurden u.a. dazu benützt, die liechtensteinischen Bedenken im Hinblick auf gegen Niedrigsteuerländer gerichtete Gesetzesentwürfe im Kongress zu begründen.

Der Besuch von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, in Begleitung von Botschafter Roland Marxer und Dr. Robert Wallner, Leiter der Staatsanwaltschaft, vom 11.-13. November gab u.a. Gelegenheit, auf hoher Ebene im Aussen- und Justizministerium über die Streichung Liechtensteins von der grauen OECD-Liste und damit zusammenhängend über die abgeschlossenen Steuerinformations- bzw. Doppelbesteuerungsabkommen zu informieren. Des Weiteren kamen Möglichkeiten der Erweiterung der Zusammenarbeit im Steuerbereich, das Funktionieren des MLAT sowie weitere Themen zur Sprache. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick traf sich erstmals mit den Honorarkonsuln Dr. Bruce Allen und Leodis Matthews, welche über ihre bisherige Tätigkeit berichteten und Ideen für die weitere Interessensvertretung unterbreiteten. Sie hatte des Weiteren Gelegenheit, im Rahmen von zwei Kurzvorträgen über das multilaterale aussenpolitische Engagement Liechtensteins sowie die jüngsten Entwicklungen auf dem Finanzplatz zu informieren.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Aufgabe der Botschaft in Wien ist es, die liechtensteinischen Interessen in Österreich zu wahren und die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu fördern. Es fand eine Reihe von hochrangigen Besuchen sowohl auf politischer als auch auf Beamtenebene statt. Neben der Vorbereitung und Koordination dieser Treffen gehörten die Bearbeitung diverser Anfragen zu Liechtenstein, die Imagepflege sowie die konsularische Betreuung liechtensteinischer Staatsangehöriger in Österreich zu den Aufgaben der Botschaft. Besonders hervorzuheben ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Entwicklung einer konkreten Zusammenarbeit mit der Tschechischen

Republik und mit der Slowakischen Republik, eine Aufgabe, mit welcher die Vertretung zusätzlich betraut wurde.

Die Beziehungen Liechtenstein – Österreich

Am 29. Oktober nahm das Erbprinzenpaar am deutschsprachigen Staatsoberhäuptertreffen teil, welches im Berichtsjahr in Eisenstadt in Österreich auf Einladung von Bundespräsident Heinz Fischer und Frau Margit Fischer stattfand.

Besuche auf Regierungsebene

Die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich wurden, wie in den vergangenen Jahren, im Berichtsjahr 2009 durch zahlreiche Treffen auf höchster Ebene sowohl in Liechtenstein als auch in Österreich gepflegt. Anlässlich des Regierungswechsels in beiden Ländern fand eine Reihe von Antritts- und Abschiedsbesuchen von Regierungsmitgliedern bei ihren jeweiligen Amtskollegen statt. So besuchte Regierungsrat Martin Meyer vom 28.-29. Januar Wien, um seine neuen Amtskollegen Bundesminister Dr. Alois Stöger (Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend) und Bundesministerin Doris Bures (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie) kennen zu lernen. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck traf anlässlich ihres Abschiedsbesuchs in Wien vom 20.-22. Februar Aussenminister Dr. Michael Spindelegger und Nationalratsabgeordnete Dr. Ursula Plassnik. Am 2. April empfing Regierungsrat Hugo Quaderer Innenministerin Dr. Maria Fekter für ein ausführliches Arbeitsgespräch im grenzpolizeilichen Verbindungsbüro Schaanwald/Feldkirch-Tisis. Der Antrittsbesuch von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher fand am 6. April in Wien statt und umfasste verschiedene Treffen zu aktuellen Wirtschaftsthemen und Fragen des Finanzplatzes. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick traf am 15. Mai ihren neuen Amtskollegen Aussenminister Dr. Michael Spindelegger in Wien für ein Gespräch. Am 22. Juli nahmen Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick auf Einladung des Vorarlberger Landeshauptmanns Dr. Herbert Sausgruber an der Eröffnung der Bregenzer Festspiele und dem anschliessenden Mittagessen der Vorarlberger Landesregierung teil. Im Rahmen der Bregenzer Festspiele referierte Regierungsrätin Frick am traditionellen Empfang der Österreichisch-Liechtensteinischen Gesellschaft (ÖLG) und traf erstmals Bundesministerin Dr. Claudia Schmied (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur). Vom 7.-9. August besuchte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick auf Einladung von Justizministerin Mag. Claudia Bandion-Ortner ein Treffen von Justizministern aus verschiedenen europäischen Ländern in Salzburg. Wie schon in den Jahren zuvor lud die liechtensteinische Regierung zu Beginn der Politischen Gespräche des Europäischen Forums in Alpbach zum traditionellen Mittagessen ein. Der Gästekreis setzte sich aus den Hauptrednern, Referenten und Diskutanten bei den Politischen Gesprächen zusammen. Im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach fand ein Treffen der Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates, zu denen 2009 und 2010 auch Österreich zählt, statt. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon nahm an diesem Treffen teil und war darüber hinaus Ehrengast am Mittagessen, welches von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher gegebenen wurde. Für einen ersten Gegenbesuch reiste Justizministerin Mag. Claudia Bandion-Ortner vom 14.-15. Oktober nach Vaduz, wo sie sich mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zu einem Gespräch über aktuelle Themen der Justizpolitik traf. Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer reisten am 19. Oktober für ein Arbeitstreffen mit dem Tiroler Landeshauptmann Günther Platter nach Innsbruck. Das jährliche Treffen der liechtensteinischen Regierung mit der Vorarlberger Landesregierung fand in diesem Jahr am 24. November in Feldkirch statt. Vom 25.-26. November absolvierte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer seinen Antrittsbesuch beim Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend, Dr. Reinhold Mitterlehner, in Wien.

Besuche auf Beamtenebene

Am 9. April kamen eine Delegation liechtensteinischer Sozialversicherungsexperten und Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in Wien zu einem informellen Treffen zu den Sozialversicherungsabkommen mit Österreich zusammen. Am 15. Oktober fand in Vaduz eine Transportkonferenz mit Vertretern des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie und der Wirtschaftskammer Österreich sowie Mitarbeitern des Amtes für Handel und Transport (AHT) zu einem Meinungs- und Informationsaustausch über den Bedarf und die Zuteilung des Kontingentes der liechtensteinischen Transportunternehmen für den «Drittlandverkehr mit Österreich» für das Jahr 2010 statt. Weiters fand am 16. April und am 26. Oktober der aussenpolitische Dialog zwischen Liechtenstein (Amt für Auswärtige Angelegenheiten) und Österreich (Generalsekretär Johannes Kyrle) in Vaduz statt.

Kultur

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich im Bereich der Kultur sind sehr eng. Auch im Berichtsjahr fanden diverse Veranstaltungen statt:

Jugendtheaterprojekt in Kooperation mit ASSITEJ (Association Internationale du Théâtre pour l'Enfance et la Jeunesse): Eine Reihe von Theaterveranstaltungen für Kinder und Jugendliche, welche im Januar in Wien und im Mai in Vaduz stattfanden und unter dem Patronat von S.D. Erbprinz Alois und I.K.H Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein standen, verliefen sehr erfolgreich und wurden gut besucht.

Kulturaustausch «Artists in Residence»: Im Rahmen dieses Projekts verbrachte eine freischaffende österreichische bildende Künstlerin auf Einladung der liechtensteinischen Regierung drei Monate in Liechtenstein. Den Abschluss ihres Aufenthaltes bildete die Schlussausstellung «Movement», die vom 27. März bis 5. April im Gasometer in Triesen besichtigt werden konnte.

«Liechtenstein Contemporary» im Palais Porcia in Wien: In der von Gabriele Braun kuratierten Ausstellung wurden von 3. September bis 2. Oktober diverse Arbeiten von liechtensteinischen Künstlerinnen und Künstlern ausgestellt. Für die Eröffnung in Wien – nach Washington, Strassburg und Berlin die vierte Station der Ausstellungsreihe – reiste Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick an.

Tag der offenen Tür des Verbandes österreichischer Philatelisten: Im Berichtsjahr war Liechtenstein Gastland des Tages der offenen Tür 2009, welcher von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer eröffnet wurde. Neben Exponaten der liechtensteinischen Post und Philatelie vermittelte eine Ausstellung alter Ansichtskarten aus dem Fürstentum Liechtenstein einen Eindruck zum Land.

Österreich-Bibliotheken: Seit 2003 beteiligt sich die Botschaft mit einem eigenen Liechtenstein-Regal an den so genannten Österreich-Bibliotheken, die sich überwiegend in mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern befinden. Im Jahr 2009 wurden die Liechtenstein-Regale der rund 50 am Projekt beteiligten Bibliotheken um das Buch von S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein, «The State in the Third Millennium», im Rahmen eines Beitrages der Liechtensteinischen Regierung erweitert. Im Rahmen der Eröffnung einer Ausstellung des Liechtenstein Museums im Pushkin Museum am 14. September in Moskau fand eine Lesung in der Österreich Bibliothek von Dr. Igor Petrov in der Linguistischen Universität Moskau statt, an welcher Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick einleitende Worte ans Publikum richtete.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Tschechien und der Slowakei

Tschechien

Im Berichtsjahr konnte ein Beschluss der liechtensteinischen und tschechischen Regierung zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und damit verbunden die Unterzeichnung eines Memorandums über die zukünftige Zusammenarbeit erreicht werden. Dieses Memorandum of Understanding wurde am 8. September 2009 von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick unterzeichnet und es wurde die Einsetzung einer Historikerkommission vereinbart. Die liechtensteinische Botschaft in Wien betreut die diversen tschechischen Agenden, welche die Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Kultur, Finanzen, und Wirtschaft umfassen.

Slowakei

Als Nachfolgestaat der Tschechischen Republik hatte auch die Slowakische Republik keine diplomatischen Beziehungen mit Liechtenstein. Ähnlich wie mit Tschechien fanden während des Berichtjahres Gespräche über die Aufnahme der Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Slowakei statt. Am 21. Dezember 2009 wurden im Rahmen eines Besuches von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Bratislava die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufgenommen und ein Memorandum of Understanding unterzeichnet.

Liechtensteinische Mission in Brüssel

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Auch das Jahr 2009 war für die Mission in Brüssel durch wichtige Verhandlungen geprägt: Der Entwurf zu einem Betrugsbekämpfungsabkommen wurde in ausgedehnten Verhandlungen an den OECD-Standard über den Steuerinformationsaustausch angepasst. Die Vorbereitungen zur Assoziation an den Rechtsbestand von Schengen und Dublin gingen weiter. Alle EU-Mitgliedsstaaten ausser Schweden hatten bis im Herbst des Berichtjahres das Abkommen genehmigt. Einige Untervereinbarungen zum Schengenabkommen (Grenzfonds, Grenzagentur, Sicherheitsabkommen) wurden ganz oder bereits weitgehend ausgehandelt. Erste sondierende Gespräche fanden über die Reform der Zinsertragsbesteuerung statt. Auch im Rahmen des EWR gab es wieder eine Reihe von Einzelverhandlungen über komplexe zu übernehmende Rechtsakte. Die Verhandlungen über die Weiterführung der Finanzbeiträge der EWR-EFTA-Staaten zur Entwicklung benachteiligter Regionen in der EU konnten bis Jahresende fast ganz abgeschlossen werden. Die Mission war wiederum in erheblichem Masse an Arbeiten zur Ausgestaltung der liechtensteinischen Aussen- und Finanzpolitik beteiligt.

Beziehungen Liechtensteins zur Europäischen Union

Die Zusammenarbeit im Rahmen des EWR verlief im Jahr 2009 ohne grössere Probleme. Es erfolgte wiederum der Beitritt zu verschiedenen neuen Agenturen und Programmen der EU. Bei der Umsetzung von EWR-Recht in liechtensteinisches Recht erreichte Liechtenstein im Berichtsjahr ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis im Verhältnis zu den anderen EWR-Staaten. Weitgehende Vereinbarung konnte zu den Kohäsionszahlungen erzielt werden: Es wird wiederum zu einer Erhöhung des EWR-EFTA-Anteils kommen. Dafür konnten bei den Projekt- und Auszahlungsmodalitäten Verbesserungen erreicht werden. Das EU-Beitrittsgesuch Islands wurde

im Sommer formell übergeben und erste EWR-interne Gespräche fanden dazu statt. Auf politischer Ebene kam es zu mehreren Treffen. Die Aussenministerin nahm die liechtensteinischen Interessen an zwei Sitzungen des EWR-Rates wahr. Anlässlich des zweiten EWR-Rattreffens traf Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick auch Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner. Das Gespräch diente nicht zuletzt den zukünftigen Aussichten zu den Beziehungen Liechtensteins zur EU. Beiderseits wurde zudem die gute Zusammenarbeit gewürdigt. Mehrere Regierungsmitglieder beteiligten sich auch an EU-Ministersitzungen. Besonders zu erwähnen ist hierbei die Teilnahme von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher am Finanzministerrat (ECOFIN).

Inzwischen ist auch die Teilnahme Liechtensteins an den Arbeiten von Organen des Rechtbestandes für Schengen und Dublin umfangreich geworden. Diese Treffen dienen auch dazu, die jeweiligen Vorbereitungen der liechtensteinischen Mitgliedschaft zu evaluieren. An mehreren Sitzungen der Justiz- und Innenminister nahm auch Regierungsrat Hugo Quaderer teil, wenn wichtigere Schengen und Dublin Angelegenheiten auf der Tagesordnung standen. Ausgehandelt wurde die Beteiligung Liechtensteins an der Grenzagentur der EU (Frontex) sowie am Grenzfonds, der der Unterstützung der diesbezüglichen Zusammenarbeit dient. Gut eingespielt hat sich auch die Zwischenlösung für die Behandlung der schweizerisch-liechtensteinischen Grenze. Entsprechende Zahlen zeigen, dass, trotz offener Grenze, keineswegs Probleme an dieser Schengen- Aussengrenze entstanden sind.

Ende 2009 übermittelte die Kommission den EU-Mitgliedsländern einen neuen Entwurf zum Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein, welches abgesehen von Übergansbestimmungen fertig ausgehandelt vorliegt. Weitergehende EU-interne Diskussionen über die Steuerkooperation erlaubten noch keine Zustimmung der Mitgliedsländer zu diesem Abkommen. Auch zur Reform der Zinsertragsbesteuerung kam es nur zu sondierenden Gesprächen.

Zu den weiteren Arbeiten der Mission im Rahmen der Beziehungen zur EU gehörten die Fortführung des aussenpolitischen Dialogs, die Mitverwaltung der EFTA-EWR-Institutionen, die Vermittlung einer Reihe von Gesprächskontakten und Auskunftserteilungen.

Die Mitarbeitenden der Mission nahmen auch eine Reihe von Vertretungen Liechtensteins ausserhalb Brüssels wahr und arbeiteten in Arbeitsgruppen der Landesverwaltung mit. Die Teilnahme an verschiedenen Steuerverhandlungen sei diesbezüglich besonders erwähnt.
Verwaltungsintern wurden auch die Diskussionen über die längerfristige Gestaltung der Beziehungen Liechtensteins zur EU, nicht zuletzt im Hinblick auf einen möglichen EU-Beitritt Islands, verstärkt weitergeführt.

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Dr. Daniel Ospelt

Die wichtigsten Ereignisse in der Berichtsperiode waren die 119. Ministersession am 12. Mai in Madrid, die Wahl eines neuen Generalsekretärs, das 60-Jahr-Jubiläum des Europarats und die Übernahme des Vorsitzes im Ministerkomitee durch die Schweiz.

Am 12. Mai ging der halbjährliche Vorsitz im Ministerkomitee von Spanien auf Slowenien über. In der Zeit des Vorsitzes Spaniens feierte der Europarat sein 60-jähriges Bestehen und das 50-jährige Bestehen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Die jeweiligen Vorsitzländer bekräftigten ihre Entschlossenheit, sich für die Grundwerte des Europarats – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – einzusetzen, die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte voranzutreiben und die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, der OSZE und den Vereinten Nationen auszubauen.

Slowenien betonte darüber hinaus das Bemühen um mehr Bürgernähe und Sicherheit für die Bürger. Weitere Schwerpunkte waren der Kampf gegen den Terrorismus, das organisierte Verbrechen und die Korruption. Auch der Schutz und die Förderung der Rechte von Kindern und jene der Roma und Sinti, die Förderung von Bioethik und Biomedizin sowie des sozialen Zusammenhalts waren Bereiche, die als wichtig galten.

Der Vorsitz im Ministerkomitee ging am 18. November auf die Schweiz über, welche für ihren halbjährigen Vorsitz die folgenden drei Schwerpunkte festgelegt hat:
– Schutz der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit;
– Stärkung der demokratischen Institutionen sowie
– Erhöhung der Transparenz und Effizienz des Europarats.

Neuer Generalsekretär des Europarats

Die Parlamentarische Versammlung wählte am 29. September Thorbjørn Jagland aus Norwegen zum Generalsekretär des Europarats. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre.

119. Ministersession am 12. Mai in Madrid

Aus Anlass des Vorsitzes Spaniens im Ministerkomitee fand am 12. Mai in Madrid die 119. Ministersession statt, an welcher Liechtenstein durch Aussenministerin Dr. Aurelia Frick vertreten war. Die Ministersession befasste sich insbesondere mit der Wahl des neuen Generalsekretärs, der Reform des Kontrollsystems der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie mit den Konsequenzen des Konflikts in Georgien. Weitere Beratungen galten der Vertiefung der Beziehungen zwischen dem Europarat und der EU, der Gleichstellung von Mann und Frau sowie der Situation in Weissrussland.

60-Jahr-Feier des Europarats

Mit einer feierlichen Erklärung gedachten die Minister des 60-jährigen Bestehens des Europarats, insbesondere seines Einsatzes für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Besonders hervorgehoben wurden die Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Menschenrechtskommissars, die Achtung der Menschenrechte beim Kampf gegen den Terrorismus sowie das Bemühen um die Gleichstellung der Geschlechter und den sozialen Zusammenhalt. Hingewiesen wurde auch auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit der EU, der OSZE und den Vereinten Nationen. Mit Sorge wurde auf die zahlreichen ungelösten Gebietskonflikte in Europa verwiesen.

Zusätzlich unterstrichen der Vorsitzende des Ministerkomitees, der Generalsekretär und der Präsident der Parlamentarischen Versammlung in einer gemeinsamen Erklärung, dass der Europarat dazu beigetragen habe, einen Kontinent nach Jahrzehnten der ideologischen Spaltung zu versöhnen. Der Europarat habe zudem einen europaweit zuständigen Gerichtshof für Menschenrechte geschaffen, bei dem Einzelpersonen ihre Rechte einklagen könnten, die Todesstrafe in Europa abgeschafft und mehr als 200 Übereinkommen ausgearbeitet, um seine grundlegenden Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu schützen und zu verbreiten.

Auch wenn die Umwelt sich geändert habe, sei der Europarat seinen Werten treu geblieben. Er habe durch eine konsequente und praxisorientierte rechtliche Zusammenarbeit unter Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zur Förderung von Toleranz, Dialog und Verständigung zwischen den Völkern beigetragen. Ebenso habe er auf alltägliche Bedrohungen wie Terrorismus, Menschenhandel, organisiertes Verbrechen, Computerkriminalität sowie Gewalt gegen Frauen und Kinder reagiert und Übereinkommen ausgearbeitet, die auch Nicht-Mitgliedstaaten zum Beitritt offen stehen.

Protokoll 14bis – Reform des Gerichtshofs für Menschenrechte

Als Reaktion auf die jahrelange Blockade durch die Nicht-Ratifikation von Protokoll Nr. 14 zur EMRK durch Russland wurde am Rande der Ministersession in Madrid ein sogenanntes «Protokoll 14bis» verabschiedet. Inhaltlich beschränkt sich dieses Protokoll auf die provisorische Anwendung jener Massnahmen des Protokolls Nr. 14, welche sich am stärksten auf die Fallbehandlungskapazität des Gerichtshofs auswirken sollen (d.h. der neuen Kompetenzen der Einzelrichter sowie der Ausschüsse mit drei Richtern). Liechtenstein hat sich dem Protokoll 14bis angeschlossen.

Die Schweiz, die seit dem 18. November 2009 den Vorsitz im Ministerkomitee innehat, treibt mit allem Nachdruck die Reform des Gerichtshofs voran. Dazu hat sie zu einer hochrangigen Konferenz über die Zukunft des Gerichtshofs am 18./19. Februar 2010 in Interlaken eingeladen.

Bilaterale Treffen in Madrid

Aussenministerin Dr. Aurelia Frick traf unter anderem die Aussenministerinnen der Schweiz und San Marinos, die Aussenminister von Spanien, Norwegen, Polen, Portugal sowie den Vizeaussenminister von Luxemburg.

Zudem führte sie Gespräche mit dem Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und dem Menschenrechtskommissar des Europarats.

Situation in Georgien

Am 4. November legte der Generalsekretär seinen dritten Bericht über die Menschenrechtssituation im georgischen Konfliktgebiet vor. Wegen der Blockadehaltung Russlands und der Behörden in den abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien wurden kaum nennenswerte Fortschritte erzielt.

16. und 17. Plenarsession des Kongresses der Gemeinden und Regionen

Hauptthemen der 16. Plenarsession des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE) vom 3.-5. März waren die Folgen der internationalen Finanzkrise sowie die Rolle der Regional- und Gemeindebehörden bei der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Liechtenstein war an dieser 16. Session durch die Vorsteher Donath Oehri/Gamprin und Norman Wohlwend/Schellenberg vertreten.

Vom 13.-15. Oktober fand die 17. Plenarsession des Kongresses statt. Themen waren u.a. der politische Beitrag der Gemeinden und Regionen zur Verminderung des Ausstosses von Treibhausgasen im Hinblick auf die Kopenhagener UNO-Konferenz zum Klimawandel und das Bemühen um stärkere Bürgerbeteiligung, vor allem auch der jungen Menschen.

29. Vierertreffen EU – Europarat

Das Vierertreffen zwischen dem slowenischen Aussenminister und Vorsitzenden des Ministerkomitees und Generalsekretär Jagland mit dem schwedischen EU-Vorsitz und der EU-Kommission fand am 27. Oktober in Luxemburg statt. Es wurde vor allem die beidseitige Zusammenarbeit, der EU-Beitritt zur Menschenrechtskonvention und die Östliche Partnerschaft der EU besprochen.

Teilnahme an Sitzungen

Im Berichtsjahr fanden neben der 119. Ministersession 36 Sitzungen des Ministerkomitees auf Botschafterebene einschliesslich der Sitzungen zu Menschenrechtsfragen (DH-Sitzungen) statt. Zudem gab es 85 Treffen von Ar-

beitsgruppen des Ministerkomitees. Der Ständige Vertreter nahm – soweit zeitlich möglich – an verschiedenen dieser Sitzungen teil. Er nahm ausserdem an zwei Sitzungen des Aufsichtsrats und fünf Sitzungen des Verwaltungsrats der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris sowie an einer Sitzung beider Organe in Vilnius/Litauen teil.

Ebenso nahm der Ständige Vertreter an den vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung und an den Plenarsessionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE) teil.

Diverses

Protokoll zum Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen

Auf Initiative und Wunsch der OECD wird das gemeinsame OECD/Europarats-Übereinkommen über die gegenseitige Hilfe in Steuersachen aktualisiert und den OECD-Standards angepasst. Am 22. und 23. Oktober fand am OECD-Sitz in Paris ein gemeinsames Treffen des Koordinationsausschusses des Übereinkommens und des Ad-hoc-Ausschusses statt, an dem das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten war.

Das am 22./23. Oktober ausgearbeitete Protokoll zur Aktualisierung des gemeinsamen OECD/Europarats-Übereinkommens über die gegenseitige Hilfe in Steuersachen wurde zusammen mit dem erläuternden Bericht an den Europarat zurückverwiesen, wo es nun ein beschleunigtes Verfahren durchläuft. Es soll bis spätestens März 2010 beschlossen werden.

Freiwillige Beiträge

Liechtenstein unterstützte verschiedene Projekte des Europarats zum Schutz der Menschenrechte, zur Rechtsstaatlichkeit und zum interkulturellen Dialog mit rund CHF 158'000. Die Unterstützung von Projekten zur Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte ist ein Schwerpunkt der liechtensteinischen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Regierung genehmigte Beiträge für den Aufbau einer Local Democracy Agency (LDA) in Aserbaidschan (CHF 29'000), für Kriseneinsätze des Menschenrechtskommissars des Europarats (CHF 50'000), für Massnahmen des Europarats zur Verhütung von Folter (CHF 36'000) und für die Akademie für Kommunalverwaltung (School of Local Democracy) im westlichen Balkan (CHF 36'000).

Internationaler Holocaust-Gedenktag

Aus diesem Anlass fand am 27. Januar eine Ausstellung «Visa für die Freiheit» im Europarat statt, welche die mutigen Bemühungen spanischer Diplomaten, die tausenden Juden das Leben retteten, zeigten. In einer gemeinsamen Erklärung des spanischen Vorsitzenden des Ministerkomitees, des Generalsekretärs und des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung wurde an den Holocaust als eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte Europas erinnert.

Weitere Gedenktage, auf die der Europarat die europäische Öffentlichkeit besonders hingewiesen hatte, waren:
- der Internationale Tag der Frau (8. März),
- der Internationale Tag der Pressefreiheit (3. Mai),
- der Europäische Tag gegen Todesstrafe (10. Oktober),
- der Weltflüchtlingstag (20. Juni) und
- der internationale Tag gegen die Folter (26. Juni).

In der Berichtsperiode wurden am 17. November folgende Europaratsübereinkommen unterzeichnet:
- Strafrechtsübereinkommen über Korruption vom 27. Januar 1999
- Zusatzprotokoll zum Strafrechtsübereinkommen über Korruption vom 15. Mai 2003

In der Berichtsperiode trat am 1. April folgendes Übereinkommen in Kraft (Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 16. Dezember 2008):
- Europäisches Übereinkommen über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung in New York engagierte sich aktiv in den für Liechtenstein prioritären Bereichen, mit besonderem Augenmerk auf finanzplatzrelevante Entwicklungen und die Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC) sowie die humanitäre Hilfe. Höhepunkt der Arbeit im Jahr 2009 war die Vorbereitung der Überprüfungskonferenz des Statuts des ICC, einschliesslich des erfolgreichen Abschlusses der Sonderarbeitsgruppe zum Verbrechen der Aggression unter Vorsitz von Botschafter Wenaweser. Die vom Sicherheitsrat verabschiedeten Verbesserungen der Sanktionenverfahren bildeten den vorläufigen Höhepunkt eines langjährigen, von Liechtenstein mitgeprägten Verhandlungsprozesses. Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher nahm am New Yorker Vorbereitungsgipfel zu den Kopenhagener Klimaverhandlungen teil. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertrat Liechtenstein an der Generaldebatte der 64. Session der UNO-Generalversammlung.

Prioritär behandelte Themen

Finanzplatzrelevante Themen

Die Steuerthematik spielte in erster Linie bei den Verhandlungen im Rahmen der UNO-Konferenz zur Finanz-

und Wirtschaftskrise eine Rolle. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen und konnte den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Staaten bei der Steuerfrage festschreiben. Darüber hinaus beteiligte sich Liechtenstein aktiv an den ersten Treffen der von Singapur ins Leben gerufenen «Global Governance»-Gruppe (3G), die sich v.a. in finanzplatzrelevanten Bereichen für die Einbeziehung von Nichtmitgliedern in die Prozesse der G-20 einsetzt. Fristgemäss übermittelte Liechtenstein den 6. Bericht über die Umsetzung der Terrorismusbekämpfungsstandards an den Ausschuss des Sicherheitsrates zur Terrorismusbekämpfung (CTC), welcher positiv entgegengenommen wurde. Der Sicherheitsrat beschloss eine umfassende Verfahrensreform der Taliban/Al-Qaida-Sanktionen, welche u.a. die Schaffung einer Ombudsstelle vorsieht, und trug so den jahrelangen Bemühungen einer von Liechtenstein federführend mitgetragenen Initiative um die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien bei Sanktionenverfahren Rechnung.

Im Rahmen des Zweiten Ausschusses der UNO-Generalversammlung beteiligte sich die Vertretung insbesondere aktiv an den Verhandlungen zur Resolution über Korruption.

Menschenrechte

Die Generalversammlung verabschiedete eine Resolution, welche die weiteren Schritte in Bezug auf den Untersuchungsbericht der Goldstone-Kommission zu den Ereignissen im letzten Gaza-Konflikt regelt. Dabei wird den Konfliktparteien bis Februar 2010 die Möglichkeit zu eigenständigen strafrechtlichen Untersuchungen der im Bericht dokumentierten Vorfälle gegeben.

Im Rahmen des mit Menschenrechten befassten Dritten Ausschusses widmete Liechtenstein den Themen Binnenvertriebene, Folter, Gewalt gegen Frauen, religiöse Intoleranz, Myanmar, Rechte des Kindes und Verbrechensbekämpfung ein besonderes Engagement. Umstritten waren neben den Länderresolutionen vor allem die Texte zu den UNO-Pakten, zu Menschenrechten und zur Terrorismusbekämpfung sowie zur Rassismusresolution. Zum ersten Mal wandte sich die neu ernannte Sonderbeauftragte des Generalsekretärs zu Gewalt gegen Kinder an den Dritten Ausschuss.

Die Ständige Vertretung organisierte eine Präsentation des Berichts der «Eminent Jurists» zum Thema Wahrung der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung sowie ein Benefiz-Fussballspiel zugunsten der NGO «play31», welche u.a. Kinder in bewaffneten Konflikten unterstützt. Auch Generalsekretär Ban Ki-moon spielte im liechtensteinischen Team mit.

Völkerrecht/Rechtsstaatlichkeit/ICC

Durch die Zustimmung des Landtages u.a. zur Ratifikation des Übereinkommens zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus ist die Beteiligung Liechtensteins an den universellen Konventionen zur Terrorismusbekämpfung nun vollständig. Im Rahmen des Sechsten Ausschusses (Völkerrecht) wurde das Konzept der universellen Gerichtsbarkeit kontrovers diskutiert. Liechtenstein organisierte hierzu gemeinsam mit Tansania eine Paneldiskussion mit dem Ziel, Missverständnisse im Bezug auf die juristische Bedeutung des Konzepts auszuräumen. Eine schädliche Resolution konnte schliesslich abgewendet werden. Die Verhandlungen zur umfassenden Terrorismuskonvention brachten trotz neuer US-Administration keine wesentlichen Fortschritte. Die von Liechtenstein und Mexiko koordinierte GV-Resolution zur Rechtsstaatlichkeit wurde ohne Schwierigkeiten im Konsens beschlossen.

Aufgrund des Haftbefehls gegen Sudans Präsidenten Al-Bashir erlebten die Arbeiten zum ICC zunächst eine äusserst turbulente Phase. Die Sonderarbeitsgruppe der ICC-Vertragsstaatenversammlung zum Thema Aggression, die seit 2003 von Botschafter Wenaweser geleitet wurde, hielt im Februar ihre letzte Sitzung ab und legte mandatsgemäss Vorschläge zur Definition des Verbrechens der Aggression vor. Diese wurden während des achten ICC-Vertragsstaatentreffens im November 2009 in Den Haag an die Revisionskonferenz in Kampala 2010 weitergeleitet. Die Ständige Vertretung gab mit finanzieller Unterstützung befreundeter Staaten eine Publikation zum Verbrechen der Aggression heraus, die die restlichen Verhandlungen unterstützen soll.

UNO-Reform

Die Ständige Vertretung brachte sich erneut zum Thema UNO-Reform ein und konzentrierte ihren Einsatz v.a. auf die Initiative der sogenannten «S-5» (Costa Rica, Jordanien, Liechtenstein, Singapur, Schweiz) mit einem neuen Papier zur Reform der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates. Die S-5 Gruppe intensivierte ihre Arbeiten im direkten Kontakt mit dem Sicherheitsrat selbst. Die Verhandlungen zur Erweiterung des Sicherheitsrats fanden unter dem Vorsitz des afghanischen Botschafters Tanin zunächst in überraschend positiver Atmosphäre statt, ohne dass aber entscheidende Weichenstellungen erfolgt wären. Später verhärteten sich die Positionen der bekannten Interessengruppen wieder, und es ist wenig Flexibilität und Offenheit für neue Ideen festzustellen.

Der Reformprozess zur «systemweiten Kohärenz» in den Bereichen Entwicklung, Humanitäres und Umwelt brachte mit dem Beschluss zur Errichtung der «Gender Entity» einen konkreten Erfolg. Vier bestehende Abteilungen (DAW, INSTRAW, UNIFEM, Sonderberater für Gender- und Frauenfragen) werden dadurch zusammengelegt und im Jahr 2010 durch einen Unter-Generalsekretär geleitet. Der Grundsatzbeschluss verleiht der UNO in Frauen- und Gender-Fragen ein stärkeres Profil.

Generalversammlung

Generaldebatte

Vom 23. bis 29. September 2009 fand die Generaldebatte der 64. Session der UNO-Generalversammlung un-

ter dem von GV-Präsident Treki vorgeschlagenen Motto «Effiziente Antworten auf globale Krisen – Stärkung des Multilateralismus und des Dialogs zwischen Zivilisationen für internationalen Frieden, Sicherheit und Entwicklung» statt. US-Präsident Obama bekannte sich zum Multilateralismus und grenzte damit seine Aussenpolitik von der seines Vorgängers ab. Aussenministerin Dr. Aurelia Frick erwähnte die Einsetzung des ICC als Paradebeispiel für einen erfolgreichen Multilateralismus. Die dominierenden Themen der Generaldebatte waren im Vorfeld der Kopenhagener Verhandlungen der Klimawandel und die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise. Aussenministerin Dr. Aurelia Frick nutzte ihren Aufenthalt in New York für einen bilateralen Gedankenaustausch mit verschiedenen MinisterInnen und UNO-VertreterInnen.

Arbeit in Ausschüssen

Das liechtensteinische Engagement in den Bereichen Menschenrechte und Völkerrecht wurde im Dritten und Sechsten Ausschuss wie in den vergangenen Jahren prioritär fortgesetzt. Der Erste Ausschuss (Abrüstung) verabschiedete eine Resolution, die eine diplomatische Konferenz im Jahr 2012 als Abschluss des Prozesses zur Ausarbeitung eines Vertrags über den Waffenhandel (ATT) ansetzt. Hauptstreitpunkt waren die Verfahrensregeln der Konferenz. Mit einer Stimmerklärung bekräftigte Liechtenstein seine Unterstützung für einen starken und effizienten ATT. Der Zweite Ausschuss (Wirtschaft, Entwicklung, Umwelt) befasste sich hauptsächlich mit der Finanzkrise und dem Klimawandel. Liechtenstein war erneut aktiv an den Verhandlungen beteiligt und setzte sich erfolgreich für die Streichung einzelner problematischer Textstellen zum Thema Korruption ein. Die Arbeiten des Fünften Ausschusses (Budget und Verwaltung) waren geprägt von den Verhandlungen zum UNO-Budget für die nächsten zwei Jahre sowie zur Beitragsskala. Liechtensteins Beitragsquote senkt sich für das nächste Biennium um 10% auf 0.009 Prozent am Gesamtbudget, welches um knapp 6% auf 5.16 Mia. US-Dollar steigt.

Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

Liechtenstein weiterhin Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses (ECOSOC)

Ein Hauptthema des diesjährigen Treffens mit den Finanzinstitutionen war die effiziente Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Generalsekretär Ban Ki-moon kündigte die Errichtung eines UNO-Frühwarnmechanismus zur Beobachtung der ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsschichten («vulnerability monitoring») an. Die Jahressession des ECOSOC fand vom 6. – 31. Juli in Genf mit Teilnahme von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick am Ministersegment statt. Liechtenstein ist noch bis Ende 2010 Mitglied des ECOSOC, der aus 54 von 192 Mitgliedstaaten besteht.

Sicherheitsrat

Ländersituationen

Der Sicherheitsrat befasste sich in der Hauptsache mit Georgien, dem Irak, Afghanistan, Nordkorea, der Demokratischen Republik Kongo, Guinea, Somalia und dem Nahen Osten. Der Sicherheitsrat hatte im Zuge der Kampfhandlungen im Gazastreifen eine umfassende Waffenruhe und den vollständigen Abzug israelischer Truppen gefordert, war aber nicht auf die Schäden an UNO-Einrichtungen und -Personal oder weitere mögliche Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts eingegangen. Durch den Bericht der vom Menschenrechtsrat in Genf eingesetzten Untersuchungskommission unter der Leitung von Richard Goldstone kamen die Ereignisse in Gaza anlässlich der halbjährlichen Nahostdebatte im November 2009 erneut vor den Sicherheitsrat. Eine Entscheidung zum Thema wurde nicht verabschiedet.

Thematische Schwerpunkte

Das von der Schweiz und Liechtenstein initiierte und von der «NGO Working Group on Women, Peace and Security» durchgeführte Projekt zur besseren Umsetzung von Sicherheitsrats-Resolution 1325 ist erfolgreich gestartet. Mit dem Projekt soll die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen verstärkt sowie ihr Schutz in bewaffneten Konflikten verbessert werden. Der Sicherheitsrat hat unter Vorsitz von US-Aussenministerin Hillary Clinton das Mandat eines/r Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten geschaffen. Des Weiteren soll es Schutzbeauftragte für Frauen in entsprechenden UNO-Missionen geben sowie eine Gruppe von Experten, welche im Bedarfsfall zur Unterstützung der lokalen Justiz in Krisengebiete entsandt werden kann. Liechtenstein wirkte am Entwurf der Resolution mit. Eine neue Resolution zum Thema «Kinder in bewaffneten Konflikten» beauftragt den Generalsekretär, Konfliktsituationen aufzulisten, in denen Kinder Opfer von sexueller Gewalt, Tötung und Verstümmelung werden. Bisher wurden nur Staaten und Gruppen auf die Liste gesetzt, die Kinder als Soldaten einsetzen. Die von Mexiko eingebrachte Resolution wurde von 36 Staaten, darunter Liechtenstein, miteingebracht und einstimmig verabschiedet. Zudem hat Liechtenstein die Pariser Prinzipien und Verpflichtungen zum Schutz von Kindersoldaten indossiert und sich somit politisch verpflichtet, Kinder vor der Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen zu schützen sowie deren Reintegration zu unterstützen. Der Sicherheitsrat hielt eine offene Debatte zum Thema «Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten» ab, an der 57 Staaten teilnahmen. Im Zentrum stand die Frage, in welcher Form sich UNO-Truppen für den Schutz von Zivilisten einsetzen dürfen und müssen. Umfassende Richtlinien sollen nun den Truppen im Feld die Arbeit erleichtern. Eine unter österreichischem Vorsitz verabschiedete und von Liechtenstein miteingebrachte Resolution fordert dazu ein Konzept des UNO-Generalsekretärs.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Norbert Frick

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit Priorität werden dabei die EFTA- und WTO-Agenden sowie die Aktivitäten des im Jahr 2006 gegründeten Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Genf behandelt.

In Bezug auf die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) lag der Schwerpunkt in der Vorbereitung und Wahrnehmung des EFTA-Vorsitzes in Genf im zweiten Halbjahr 2009. Das EFTA-Herbstministertreffen fand somit unter Leitung von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Inhaberin des Ressort Äusseres, statt. Was die Tätigkeiten der EFTA im Allgemeinen anbelangt, lag der Fokus weiterhin auf den Beziehungen zu Drittländern. Dabei ging es im Wesentlichen um den weiteren Ausbau des Netzwerkes an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten, aber auch um die Pflege und Weiterentwicklung bereits abgeschlossener Freihandelsabkommen.

Die Ständige Mission befasste sich im Rahmen der WTO weiterhin vor allem mit der neuen Welthandelsliberalisierungsrunde (Doha-Runde). Die für den Abschluss der Verhandlungen notwendigen substanziellen Fortschritte blieben jedoch weiterhin aus. Ende November fand in Genf zudem das siebte ordentliche WTO-Ministertreffen statt, an welchem Liechtenstein durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten war.

In den Bereichen der Vereinten Nationen (UNO) und anderer internationaler Organisationen mit Sitz in Genf konzentrierte die Ständige Mission ihre Mitarbeit hauptsächlich auf den Menschenrechtsrat und die Teilnahme an dessen regulären und ausserordentlichen Sessionen. Im Juli fand zudem die ECOSOC-Jahresversammlung in Genf statt, an welcher Liechtenstein im Rahmen des Ministersegments durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten war.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Liechtenstein übernahm am 1. Juli 2009 den EFTA-Vorsitz in Genf für das zweite Halbjahr 2009. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Ständigen Mission lag somit im Berichtsjahr hauptsächlich bei der Vorbereitung und der Umsetzung dieses Vorsitzes bzw. der liechtensteinischen Vorsitzprioritäten. Die Übernahme des EFTA-Vorsitzes in Genf bedeutete für die Inhaberin des Ressorts Äusseres zahlreiche zusätzliche Verpflichtungen und Termine. Liechtenstein setzte in seinem Vorsitzprogramm die Akzente der EFTA-Aktivitäten wie üblich im Drittlandbereich, d.h. im Wesentlichen bei Verhandlungen über Freihandelsabkommen und deren Abschluss sowie bei der Weiterentwicklung und der Verwaltung bereits bestehender Freihandelsabkommen. In diesem Bereich kann wiederum von einem erfolgreichen Jahr gesprochen werden. Am 1. Juli 2009 trat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kanada in Kraft. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 22. Juni 2009 in Hamar/Norwegen konnten die EFTA-MinisterInnen ein neues Freihandelsabkommen mit dem Golfkooperationsrat (GCC (Gulf Co-operation Council), bestehend aus: Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) unterzeichnen. Am Herbstministertreffen unter liechtensteinischem Vorsitz am 17. Dezember 2009 konnten auch bereits die beiden Freihandelsabkommen mit Serbien und Albanien, bei welchen die Verhandlungen je erst im Frühjahr 2009 aufgenommen wurden, unterzeichnet werden. Sämtliche neuen Freihandelsabkommen wurden von Liechtenstein durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick unterzeichnet. Neu umfasst das EFTA-Netzwerk somit 20 Freihandelsabkommen mit insgesamt 29 Ländern (wobei vier dieser Freihandelsabkommen erst im Verlaufe des Jahres 2010 in Kraft treten werden). Im Berichtsjahr konnte zudem die rechtliche Überarbeitung des Freihandelsabkommens mit Peru erfolgreich abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung dieses Abkommens ist für Anfang 2010 vorgesehen.

Bei den laufenden Verhandlungen messen die EFTA-Staaten Indien höchste Priorität bei. Im 2009 wurden mit Indien zwei weitere Verhandlungsrunden abgehalten. Auch mit der Ukraine konnten 2009 Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen lanciert werden. Bisher fanden drei Verhandlungsrunden statt. Der Abschluss der Verhandlungen wird im Frühjahr 2010 erwartet. Mit Algerien fanden Anfang 2009 weitere Gespräche in Alger statt. Die eigentlichen Freihandelsverhandlungen machten jedoch im Berichtsjahr keine Fortschritte. Die laufenden Verhandlungen mit Thailand sind aufgrund der politischen Lage in Thailand immer noch sistiert. Auch die vorgesehene Lancierung von Freihandelsverhandlungen mit Indonesien kam noch nicht zustande. Im Weiteren haben die EFTA-MinisterInnen die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit Hongkong beschlossen. Mit Hongkong fand im Jahr 2009 bereits ein Vorbereitungstreffen statt, an welchem beschlossen wurde, die erste Verhandlungsrunde über ein Freihandelsabkommen im Januar 2010 in Genf durchzuführen. Die EFTA-Staaten waren im Berichtsjahr auch mit Russland sehr aktiv. Es fanden diverse Treffen und Vorbesprechungen statt, um die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen baldmöglichst zu ermöglichen.

Die EFTA-MinisterInnen haben im Berichtsjahr ebenfalls beschlossen, mit Vietnam eine gemeinsame Machbarkeitsstudie zu erstellen. Mit Vietnam fand im Dezember 2009 ein Vorbereitungstreffen in Hanoi statt. Mit Malaysia wurde im Berichtsjahr eine Zusammenarbeitserklärung ausgearbeitet, welche jedoch erst Anfang 2010 unterzeichnet werden kann. Mit Mauritius konnte eine solche bereits im Frühling 2009 unterzeichnet werden. Zudem beschlossen die EFTA-MinisterInnen an ihrer

Herbsttagung die Ausarbeitung und Unterzeichnung einer solchen Zusammenarbeitserklärung mit Panama.

Ziel der Freihandelsabkommen ist es weiterhin, den Wirtschaftsakteuren der EFTA-Staaten die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Marktzugangschancen bieten zu können sowie die Diskriminierung im Marktzutritt gegenüber ihren wichtigsten Konkurrenten, z.B. aus den EU-Staaten oder den USA, zu vermeiden.

Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiter entwickelt. Im Berichtsjahr fanden Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse mit folgenden Freihandelspartnern statt: SACU-Staaten (SACU: Zollunion des südlichen Afrikas, bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swaziland) (in Pretoria), Kroatien (in Zagreb), Libanon (in Beirut) und Türkei (in Genf).

Am Rande des WTO-Ministertreffens von Ende November 2009 in Genf fanden unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick Treffen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (bestehendes Freihandelsabkommen) und Panama (voraussichtliche Zusammenarbeitserklärung) statt. Ein weiteres Treffen fand unter dem Vorsitz von Botschafter Frick mit der Mongolei (bestehende Zusammenarbeitserklärung) statt.

Im Jahr 2009 fanden zwei EFTA-Ministertreffen statt: Unter norwegischem Vorsitz am 22. Juni 2009 in Hamar/Norwegen sowie unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick am 17. Dezember 2009 in Genf. Im Nachgang zu den beiden EFTA-Ministertreffen in Hamar und Genf gab es jeweils auch Treffen der EFTA-MinisterInnen mit dem EFTA-Parlamentarierkomitee. Zudem trafen sich die EFTA-/EWR-MinisterInnen am 16. November 2009 in Brüssel unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick mit dem EFTA-Parlamentarierkomitee. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick traf sich in ihrer Funktion als EFTA-Ministerratsvorsitzende gleichentags ebenfalls mit dem EFTA-Konsultativkomitee. Ein Treffen der vier EFTA-MinisterInnen mit dem Konsultativkomitee fand bereits am 22. Juni in Hamar/Norwegen statt.

An den Sitzungen der EFTA-ParlamentarierInnen im Jahr 2009 war Liechtenstein in verschiedener Zusammensetzung durch die Landtagsabgeordneten Harry Quaderer, Helmuth Büchel und Albert Frick vertreten. Josef Beck als Vertreter der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer sowie Sigi Langenbahn als Vertreter des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes nahmen an Treffen des EFTA-Konsultativkomitees, bei welchem es sich um ein Forum der Sozialpartner handelt, teil.

Unter die weiteren Aufgaben des EFTA-Vorsitzes fiel auch die Übernahme der Vorsitze in den im Vorjahr geschaffenen Arbeitsgruppen «Handel und Umwelt» sowie «Handel und Arbeitsstandards». Die Arbeiten in diesen Arbeitsgruppen machten gute Fortschritte, konnten hingegen noch nicht abgeschlossen werden. Auch die Arbeitsgruppe, welche sich um die Schaffung einer gemeinsamen Verhandlungsplattform bemüht, konnte im Berichtsjahr und im zweiten Halbjahr unter dem Vorsitz von Botschafter Norbert Frick wichtige Fortschritte erzielen. Die (informelle) Arbeitsgruppe «50 Jahre EFTA» traf sich im Berichtsjahr ebenfalls mehrmals. Sie plant und überwacht Anlässe zum Jubiläum der EFTA im Jahr 2010. Aus Anlass des 15-Jahr-Jubiläums des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) im Berichtsjahr und des 50-Jahr-Jubiläums der EFTA im Jahr 2010 fand am 10. November 2009 in Genf ein Seminar statt. Die Moderation wurde auf Einladung des EFTA-Generalsekretärs hin vom ehemaligen liechtensteinische Aussenminister Dr. Ernst Walch übernommen. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick hielt an diesem Seminar in ihrer Funktion als EFTA-Ministerratsvorsitzende eine Einführungsansprache. Der eigentliche EFTA-Jubiläumsanlass wird im Mai 2010 stattfinden.

Ein weiteres wichtiges Thema im Berichtsjahr war auch Island, welches als Folge der Finanz-/Wirtschafts- und Währungskrise im Juli 2009 bei der EU-Kommission in Brüssel ein Gesuch um EU-Mitgliedschaft eingereicht hatte. Ein EU-Beitritt Islands könnte Auswirkungen auf die Weiterentwicklung der EFTA haben.

Im Weiteren fanden die üblichen regelmässigen (monatlichen) Treffen auf der Ebene der BotschafterInnen und StellvertreterInnen (Deputies) in Genf statt. Die zuständigen MitarbeiterInnen der Ständigen Mission nahmen jeweils auch an den Treffen des EFTA-Drittlandkomitees und des EFTA-Budgetkomitees teil. Diese Treffen fanden im zweiten Halbjahr 2009 unter liechtensteinischem Vorsitz statt. Allgemein fanden im Berichtsjahr zahlreiche Expertentreffen statt (v.a. im Zusammenhang mit laufenden Verhandlungsrunden). Die EFTA-interne Koordinierung der Positionen für Verhandlungen mit Drittländern, vor allem in Bereichen wie Investitionen und Geistiges Eigentum, aber auch Steueraspekte bei Freihandelsabkommen, erwiesen sich als sehr zeitintensiv.

Welthandelsorganisation (WTO)

Die laufende Doha-Welthandelsrunde stand weiterhin im Zentrum der WTO-Tätigkeit der Ständigen Mission. Die Verhandlungen, welche 2001 in Doha lanciert wurden, haben sich vor allem aufgrund der Nord-Süd-Konfrontation in den Agrar- und Güterverhandlungen erfolglos über Jahre hingezogen. Obwohl im Berichtsjahr auf technischer Ebene und auf Ebene der Verhandlungsleiter wieder rege verhandelt worden ist, konnten keine entscheidenden Fortschritte erzielt werden. Es fehlten auch die politischen Voraussetzungen für einen Verhandlungsdurchbruch (neue Administration in den USA sowie Wahlen in Indien).

Liechtenstein versucht im Rahmen seiner Möglichkeiten zum Erfolg der Doha-Runde beizutragen. Die vorrangige Aufgabe der Welthandelsorganisation (WTO) besteht in der schrittweisen Liberalisierung des Welthan-

dels. Inhalt der derzeit suspendierten Welthandelsrunde ist demzufolge die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks. Diese Zielsetzungen und Verhandlungsinhalte sind grundsätzlich alle im Interesse Liechtensteins. Als Kleinstaat ist Liechtenstein nicht nur auf den Zugang zu den Weltmärkten, sondern auch auf verlässliche Spielregeln und auf durchsetzbares Recht im Welthandel angewiesen, beispielsweise auf einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus. Bei den Agrarverhandlungen gehört Liechtenstein – u.a. zusammen mit den anderen drei EFTA-Staaten – der Gruppe der 10 (G10-Staaten, bestehend aus: Japan, Südkorea, Taiwan, Norwegen, Island, Liechtenstein, Schweiz, Mauritius, Israel (Bulgarien ist per 1.1.2007 der EU beigetreten)) an, welche sich vor allem für die Multifunktionalität der Landwirtschaft einsetzt.

Vom 30. November bis 2. Dezember 2009 fand in Genf die ordentliche 7. Ministerkonferenz der WTO statt. Diese war jedoch ausdrücklich nicht den Doha-Verhandlungen, sondern der Diskussion der Arbeitsweise und der Rolle der WTO im durch die Finanz- und Wirtschaftskrise veränderten globalen Umfeld gewidmet. Die von Generaldirektor Lamy gewünschte Selbstprüfung der WTO bekam allgemein gute Noten. Es wurde attestiert, dass die WTO vor dem Hintergrund der aktuellen Weltwirtschaftskrise die Bewährungsprobe respektive den Stresstest gegen einen zunehmenden Protektionismus bestanden hat und dass die Regeln der WTO heute deutlich erhöhte Rücksicht auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer nehmen. Liechtenstein war an dieser Ministerkonferenz durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten.

Im Übrigen nahm der Ständige Vertreter an den üblichen Sitzungen des WTO-Rats teil.

Die Vereinten Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

In Bezug auf die UNO und andere internationale Organisationen in Genf legte die Ständige Mission den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten weiterhin auf die Arbeiten des UNO-Menschenrechtsrats. Dessen Agenda bestand im Berichtsjahr u.a. aus drei ordentlichen Sessionen von insgesamt zehn Wochen Dauer und vier ein- bis zweitätigen Sondersessionen. Sondersessionen fanden zu folgenden Themen statt: Gazakonflikt, Globale Finanz- und Wirtschaftskrise, Sri Lanka, palästinensische Gebiete und Ostjerusalem. Von besonderer politischer Bedeutung war für den Menschenrechtsrat die erfolgreiche Durchführung der einwöchigen Überprüfungskonferenz zu den Ergebnissen der Weltkonferenz gegen Rassismus von 2001 (Durban II) im April. Schliesslich führte der Rat seine Aktivitäten im Rahmen der «Universal Periodic Review» weiter und überprüfte insgesamt 48 Ländersituationen in drei zweiwöchigen Sessionen.

Im Zentrum der liechtensteinischen Teilnahme standen in erster Linie die thematischen Arbeiten des Rates, insbesondere hinsichtlich der Aushandlung neuer Standards. So beteiligte sich die Ständige Mission u.a. an Verhandlungen bezüglich zusätzlicher Regeln für die Rassismusbekämpfung, zur Schaffung des Mandats eines unabhängigen Experten für kulturelle Rechte und betreffend die Einführung eines Individualbeschwerderechts unter der UNO-Kinderkonvention. Zur Vorbereitung der formellen Sitzungen des Rates nahm die Mission an den regelmässig stattfindenden Treffen der WEOG-Gruppe (WEOG bestehend aus den westeuropäischen EU-Mitgliedern, der Türkei, Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Island, der Schweiz, Liechtenstein, Andorra und San Marino) teil.

An der jedes zweite Jahr in Genf stattfindenden Jahressession des UNO-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) war Liechtenstein im Ministersegment durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten. Sie nutzte ihre Ansprache im Plenum u.a. dazu, das entwicklungspolitische Engagement Liechtensteins im Gesundheitsbereich auf bilateraler und multilateraler Ebene darzulegen. Die Ständige Mission war ebenfalls in der Delegation vertreten und nahm aktiv an Verhandlungen über Entschliessungen im humanitären und allgemeinen Segment teil. Liechtenstein beteiligte sich als ECOSOC-Mitglied auch an allen Abstimmungen.

Die Mission vertrat Liechtenstein im Berichtsjahr ausserdem am 13. Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und nahm aus humanitärer Perspektive an verschiedenen Konferenzen im Abrüstungsbereich teil. Dazu zählten die Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW), die 11. Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll II (Landminenprotokoll) sowie die 3. Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll V (Kriegsmunitionsrückstände).

Zu den Aktivitäten des Ständigen Vertreters und seines Stellvertreters gehörte schliesslich die Teilnahme an diversen gesellschaftlichen Anlässen im Zusammenhang mit der UNO.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit den UNO-Organisationen in Wien, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über

das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) ist in der Berichtsperiode im gewohnten Rahmen abgelaufen.

Konferenzen
Die liechtensteinische Vertretung nahm im Jahr 2009 an den jährlich stattfindenden Konferenzen der Drogenkommission und der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege teil. Eine Vertreterin des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten reiste zudem für einen «UNODC International Workshop of National Counter-Terrorism Focal Points» nach Wien. Zudem war Liechtenstein im Mai in der «Working Group on Asset Recovery» im Rahmen der Arbeitsgruppe Korruption vertreten. Die Ständige Vertretung nahm am 11. September am Vorbereitungstreffen für die im November in Doha stattfindende UNCAC-Vertragsstaatenkonferenz teil, an welcher Liechtenstein durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten war. An der 53. IAEA-Generalkonferenz (14. – 19. September) war Liechtenstein aus personellen Gründen nicht vertreten.

Zusatzprotokoll zur Konvention über den physischen Schutz nuklearen Materials
Am 13. Oktober hat Liechtenstein die Ratifikationsurkunde zum Zusatzprotokoll zur Konvention über den physischen Schutz nuklearen Materials bei der IAEO hinterlegt.

Liechtensteinische Beiträge
2009 sind die letzten Tranchen der Reyes-Torres Gelder an das UNODC zu je CHF 100'000 an die «Terrorism Prevention Branch» und an die verbesserte Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Geldwäscherei in der Elfenbeinküste ausbezahlt worden.

Die von Liechtenstein finanzierte «Junior Professional Officer» Stelle beim UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung UNODC wurde bis Oktober 2010 verlängert.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Wie in den Vorjahren nahm die Ständige Vertretung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien aktiv an den Beratungen der zahlreichen Gremien der OSZE teil. Die Zusammenarbeit Liechtensteins war schwerpunktmässig auf institutionelle Fragen, Fragen der europäischen Sicherheit sowie den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet. In diesen Themenbereichen engagierte sich Liechtenstein auch finanziell mit freiwilligen Beiträgen an zahlreichen Aktivitäten der OSZE. Die Zusammenarbeit in der OSZE gab der Ständigen Vertretung Gelegenheit, die Beziehungen zu den anderen 55 Teilnehmerstaaten bei der OSZE weiterzuentwickeln. Besonders eng war die Zusammenarbeit in der so genannten Gruppe der Like Minded Countries (Island, Kanada, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) und im Rahmen des regelmässigen Gedankenaustausches mit Vertretern der EU, der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem OSZE-Vorsitz, Griechenland. Inhaltlich war im Berichtsjahr die Arbeit von dem im Frühjahr eingeleiteten Korfu-Prozess geprägt, durch den ein weiteres Verhandlungsforum in der OSZE geschaffen wurde, in dessen Rahmen eine neue europäische Sicherheitsordnung behandelt wird.

Korfu-Prozess
Im Juni 2009 wurde der Korfu-Prozess, worunter der Dialog der OSZE-Mitgliedstaaten über eine neue europäische Sicherheitsordnung zu verstehen ist, im Rahmen eines informellen Aussenministertreffens der OSZE unter Teilnahme der Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick auf der griechischen Insel Korfu ins Leben gerufen. Unter der griechischen OSZE-Präsidentschaft wurde seither in regelmässigen Treffen auf Botschafterebene in Wien eine konkretere Struktur des Dialogs erarbeitet. Abgeschlossen wurde diese erste Etappe beim OSZE-Ministerrat in Athen, wobei sich zeigte, dass die Positionen und Ziele im Hinblick auf die Rolle der OSZE als einzigem Forum zur Behandlung einer neuen Europäischen Sicherheitsordnung unterschiedlich sind. Liechtenstein nimmt an dem Dialog über eine europäische Sicherheitsarchitektur aktiv teil und unterstrich im bisherigen Verlauf die Notwendigkeit der stärkeren Verankerung des Schutzes und die bessere Stellung von Nationalen Minderheiten. Belebt wurde diese Diskussion Anfang Dezember durch einen vom russischen Präsidenten Medwedew allen Staats- und Regierungschefs der OSZE unterbreiteten Vorschlag für einen Europäischen Sicherheitsvertrag.

Implementierungstreffen zur Menschlichen Dimension in Warschau, Polen
Beim jährlichen OSZE-Überprüfungstreffen zur Menschlichen Dimension in Warschau im Oktober 2009 war Liechtenstein durch die Ständige Vertretung Wien vertreten. Liechtenstein engagierte sich insbesondere im Rahmen des Treffens zum Thema «Aktivitäten in der Menschlichen Dimension» und befasste sich in seiner Erklärung mit der Frage der nationalen Minderheiten.

17. Ministerrat in Athen, Griechenland
Der OSZE-Ministerrat fand am 1. und 2. Dezember in Athen statt und stand inhaltlich ganz im Zeichen des Korfu-Prozesses. Ziel war es, eine Bestätigung des Korfu-Prozesses zu erreichen und den bis dahin geführten Dialog zu verankern und das weitere Vorgehen festzulegen. Verhandlungen dazu hatten bereits im Vorfeld des Ministerrates in Wien begonnen. Der Korfu-Prozess war auch das beherrschende Thema des offiziellen Mittagessens,

welches vom griechischen Regierungschef Georgios Papandreou gegeben wurde. In schwierigen Verhandlungen während den Vorbereitungssitzungen gelang es, zwei Dokumente (Beschluss von Korfu und Erklärung von Korfu) zu verabschieden. Darin werden die Botschafterinnen und Botschafter in Wien beauftragt, den Dialog nun einen Schritt weiter zu tragen. Auf Botschafterebene soll nun in Wien im ersten Halbjahr 2010 konkret untersucht werden, wie die Rolle der OSZE in allen drei Dimensionen (politisch/militärische Dimension, Wirtschafts- und Umweltdimension, menschliche Dimension) zu bewerten ist und wie es um die Rolle und Umsetzung der Verpflichtungen und Mechanismen steht. Diese zweite Phase soll mit einem Bericht bis im Juni 2010 abgeschlossen sein. Themen wie Konfliktmanagement und vertrauensbildende Massnahmen, die wirtschaftliche und die menschliche Dimension, aber auch solche wie Abrüstung und Rüstungskontrolle werden Inhalt dieses Dialogs sein. Insgesamt wurden beim Ministerrat in Athen 19 Beschlüsse und 2 Erklärungen verabschiedet. Das Treffen kann als Erfolg angesehen werden, da es gelungen ist, den Korfu-Prozess in der OSZE weiterzuführen. Liechtenstein hat durch die Ständige Vertretung an diesem Treffen teilgenommen.

Finanzielle Beitragsleistungen für den OSZE-Raum
Der Umfang der freiwilligen Beiträge Liechtensteins bewegt sich im Rahmen des Vorjahres. Es wurde erneut darauf Wert gelegt, dass die Unterstützung von Projekten der OSZE in allen drei Dimensionen (politisch/militärische Dimension, Wirtschafts- und Umweltdimension, menschliche Dimension) erfolgt.

STIFTUNG

Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED)

Präsident: Josef Biedermann
Geschäftsführer: Dr. Rudolf Batliner

Auch im Jahr 2009 stand die Bearbeitung, Betreuung und Kontrolle der Projekte in Afrika und Lateinamerika im Mittelpunkt der Tätigkeit von Stiftungsrat und Geschäftsstelle. Insgesamt wurden 70 Gross- und 31 Kleinprojekte finanziert. Mit 15 Fachleuten, die zusammen 136 Einsatzmonate leisteten, hatte der LED das grösste Personalprogramm seiner Geschichte.

Die Besuche von Regierungschef Otmar Hasler in Angola und Sambia sowie von Aussenministerin Rita Kieber-Beck in Moldau verliefen sehr erfolgreich. Sie vermittelten in den besuchten Ländern den Eindruck, dass der LED ernsthafte Arbeit im Auftrag des Landes leistet.

Stiftungsrat, Geschäftsstelle, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Stiftungsrat
Im Berichtsjahr war der Stiftungsrat folgendermassen zusammengesetzt:

Mitglied	Bestellungsorgan
Josef Biedermann, Planken, Präsident	Regierung
Lic. phil. Lorenz Jehle, Schaan, Vizepräsident (bis Mai 2009)	Regierung
Lic. oec. Karlheinz Ospelt, Vaduz, Vizepräsident (ab Juni 2009)	Regierung
Melanie Konrad, Triesenberg (bis Mai 2009)	Regierung
Luzia Walch, Planken (ab Juni 2009)	Regierung
Dip. phil. nat. Andreas Gstöhl, Vaduz	Regierung
Dr. Manfred Oehry, Ruggell	Regierung
Mag. pharm. Brigitte Batliner, Vaduz	Verein Welt und Heimat
Helen Konzett-Bargetze	Verein Welt und Heimat
Dr. Marianne Marxer, Vaduz	Liechtensteinisches Rotes Kreuz
Ernst Vedana, Schaan	Liecht. Industrie- und Handelskammer

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu elf Sitzungen und einer Klausurtagung im September, deren Beschlüsse protokolliert sind. Das Leitungsteam, bestehend aus dem Präsidenten, dem Vize-Präsidenten, dem Geschäftsführer und der Sachbearbeiterin für Finanzen, hatte vier Sitzungen.

Geschäftsstelle
Die Geschäftsstelle war mit folgenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen besetzt:
- Dr. Rudolf Batliner, Geschäftsführer (70%)
- Tamara Büchel, Sachbearbeiterin Finanzen und Sekretariat (80%)
- Dipl. geogr. Ute Mayer, Sachbearbeiterin für Afrika und Öffentlichkeitsarbeit
- Lic. phil. Pius Frick, Sachbearbeiter für Osteuropa und Asien, MicroFinance Initiative Liechtenstein und die EDV
- Lic. phil. Stefan Biedermann, Sachbearbeiter Lateinamerika, Redaktion Blickwechsel und Bildungsarbeit mit den Schulen

Zur Struktur des LED gehören auch die drei Aussenstellen in Harare, Cochabamba und Chisinau.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz
Die Kosten für die Fachleute und Praktikanten/-innen im Ausland beliefen sich auf CHF 945'634.35. Folgende 15 Fachleute waren insgesamt 136 Monate im Einsatz:

- Roman Dudler, Primarlehrer, 1.3.2003 – 31.12.2009, Costa Rica, ICER,Projektleiter Active English in der Primarschule
- Markus Sprenger, Architekt, 1.10.2008 – 31.1.2010 Costa Rica, ICER, Planung und Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes
- Mara Hasler, Primarlehrerin, Panama, 1.8.2009 – 31.7.2012, Pädagogische Beraterin an der Radioschule von Panama
- Nicole Matt, Bankfachfrau, 1.1.2008 – 30.6.2009, Beraterin für MicroFinance-Institutionen in Cusco, Peru
- Marion Plüss, Hotelfachfrau, 1.8.2005 – 31.12.2009, Bolivien, CEDESCO, Aufbau der Hotellerie für ein Bildungs- und Tagungszentrum und Ausbildung des Personals.
- Peter Ritter, Maschinenbauingenieur, 1.5.2006 – 30.4.2011, Tansania, Wasser für die 3. Welt, Berater für die Förderung von angepassten Bewässerungstechnologien.
- Sarafina Ritter, Kaufm. Angestellte, 1.10.2006 – 30.4.2011, Tansania, WEETU, Beraterin für Organisation und Administration.
- Johanna Sele, Kindergärtnerin, Tansania, 1.11.2009 – 31.10.2012, Stellvertretende Leiterin eines Pfarreizentrums in einem Slum von Mwanza.
- Edith Müller, Lehrerbildnerin, Tansania, 1.10.2008 – 30.9.2011, Lehrerin für ICT und e-learning am Lehrerseminar MWUCE
- Dr. Karl Fleischmann, Gymnasiallehrer, Tansania 1.10.2008 – 31.8.2011, Biologielehrer und Kontaktperson für die Schulpartnerschaft LG Vaduz, PH Graubünden und MWUCE
- Heinz Meyerhans, Gymnasiallehrer, Tansania, 1.8.2009 – 3.3.2010, Mathematiklehrer am Lehrerseminar MWUCE
- Dr. Robert Vogt, Arzt, Madagaskar, 1.7. – 31.12.2009 Chirurg am Spital von Ambajane
- Barabara Lis, Pflegefachfrau, Madagaskar, 1.7. – 31.12.2009, Krankenschwester im Spital und an der mobilen Klinik von Ambajane
- Nicole Bolomey, Landschaftsarchitektin, 1.3.2006 – 30.6.2010, Indien, Regionalbüro UNESCO, Beratung beim Schutz von historisch wertvollen Naturdenkmälern.
- Phuong Pham Chi, 1.9.2007 – 31.8.2010, Projektleiterin Berufsbildungsprojekt Moldau und Repräsentantin des LED

Im Jahr 2009 absolvierten 10 Personen ein Praktikum und leisteten 36 Monate Einsatz: Manuel Beck, Nadja Kindle und Theres Zopfi in Bolivien, Andrea Walch, Aurelia Carello und Benjamin Dürr in Peru, Susanne Dünser und Juana Goop in Costa Rica, Doris Ospelt in Nepal und Jasmine Spalt in Thailand.

Liechtensteiner Missionare

Im Jahr 2009 wirkten folgende liechtensteinische Ordensleute in Südamerika und Afrika:
Sr. Rebecca Frick in Moro, Peru
Br. Stefan Frommelt in Umtata, Eastern Cape, Südafrika
Sr. Leoni Hasler in Tsumeb, Namibia
P. Josef Oehri in Lubango, Angola

Öffentlichkeitsarbeit

Das zur Tradition gewordene Afrika-Fäscht mit dem TAK wurde durch die «Fiesta Latina» ersetzt. Der «Blickwechsel» wurde graphisch neu konzipiert und geht nicht mehr als Zeitungsbeilage an alle Haushalte, sondern an Gratisabonnenten. Die Themen der beiden Hefte waren: Gesundheit und Interkulturelle Bildung. Der LED produzierte erneut den Kalender «Solidarisches Liechtenstein» mit 500 Exemplaren.

Der LED verdoppelte 111 Aktionen von Schulen, Vereinen, Sternsingern, Firmlingen, Firmen usw. Der an Projekte überwiesene Betrag betrug CHF 1'371'568.50. Der LED steuerte dazu CHF 562'076.90 bei.

Projekte und Finanzen

Finanzen: Der LED verfügte im Jahr 2009 über ein ordentliches Budget von CHF 17'900'000 seitens des Landes Liechtenstein. Die Stiftung Medicor Liechtenstein stellte für Grossprojekte CHF 1'030'247.50 bereit. Ausserdem standen aus dem Nachlass von Frau Trudy Boller CHF 478'100 für Projekte unserer Entwicklungsfachleute zur Verfügung.

PROJEKTLISTE 2009

2008_1	Diverse Beiträge (insgesamt 31 Kleinprojekte CHF bis 25'000)	565'012.95
2008_2	Verdoppelungen (Eingang 809'491.60 aus 111 Aktionen)	562'076.90

Grossprojekte: Im Einzelnen wurden vom Stiftungsrat folgende Projekte und Programme genehmigt:

No.	Dauer	Land	Name	Betrag
101	2008/12	Bolivien	OCCA: Berufliche Aus- und Weiterbildung im Barrio Plan 3000	261'751
103	2009/14	Bolivien	PROCESO: Zweite Bildungschance für Chiquitanos	117'652
105	2009/11	Bolivien	Entsendung von Fachleuten im Bildungsbereich	140'000
106	2007/10	Bolivien	Frauenbildungszentrum Granja Hogar	100'000
108	2009/14	Bolivien	CEFOI: Stärkung von Bildung und Sozialwesen in Challapata	79'200
109	2009/11	Bolivien	CIDEM: Gewaltpräventionsprogramm	114'202
111	2007/09	Bolivien	Proceso: Umweltbildung	55'865
112	2010/12	Bolivien	ASONGS: Spielend aufwachsen	86'211
114	2009/11	Bolivien	IPTK Ausbildungen für hauswirtschaftliche Angestellte	26'356
114	2009/11	Bolivien	IPTK Ausbildungen für hauswirtschaftliche Angestellte	17'095
115	2009/11	Bolivien	Proceso: Interkulturelle Bildung	188'027
117	2009/12	Bolivien	Artescuela: Kunst und Schule	98'328
118	2009/12	Bolivien	Procasha: Frauenkooperativen in der Bauwirtschaft	80'403
121	2007/09	Peru	Tarea: Institutionelle Unterstützung	200'000
122	2007/09	Peru	EDUCA: Verbesserung der Bildung an staatlichen Schulen	200'000
123	2007/09	Peru	EDUVIDA: Bildung für ein gesundes Leben	185'285
124	2008/10	Peru	Moro 2009 – regionales Entwicklungsprogramm	417'505
126	2006/10	Peru	Stärkung von 3 Microfinance Instituten im Hochland von Peru	179'896
129	2008/10	Peru	Ausbildung zweisprachiger interkultureller Lehrpersonen	124'140
132	2009/11	Peru	Chasqui Kleinkinos	92'500
133	2007/10	Peru	CREA: ICT und Lernnetzwerke in der Lehrerweiterbildung	195'446
134	2009/11	Peru	Friedenserziehung	106'007
136	2008/09	Peru	Ausbildung interkultureller Lehrpersonen in Satipo	49'026
163	2008/10	Costa Rica	Institutionelle Unterstützung der Radioschule	284'091
165	2008/10	Panama	Institutionelle Unterstützung der Radioschule	100'000
201	2008/10	Mozambique	Gesundheitsversorgung Distrikt Chiure	516'420
202	2007/09	Mozambique	Gesundheitsprogramm Nampula	235'894
206	2009/12	Mozambique	ComuSanas, Konsolidierung in Buzi, Chibabava und Machanga	751'536
207	2009/12	Mozambique	Comusanas, Ausdehnung nach Gorongosa und Nhamatanda (M)	382'025
211	2008/10	Mozambique	HIV/Aids-Programm SMART II in Chiure	432'288
212	2008/11	Mozambique	HIV/Aids-Programm SMART I Acuabe (M)	400'000
223	2009/11	Zimbabwe	Lupane Women's Centre	130'961
224	2007/09	Zimbabwe	MDTC: Ländliches Entwicklungs- und Ausbildungszentrum	224'945
225	2007/09	Zimbabwe	Safire: Sanierung des Manjinji Bewässerungsystems	109'047
242	2007/09	Sambia	KARA Choma, Aidsprogramm in der Südprovinz von Sambia	250'000
244	2007/09	Sambia	Bildungszentren in der Südprovinz von Sambia	83'675
246	2009/13	Sambia	Medical Licentiate Ausbildung des Chainama College	650'430
275	2008/09	Kenia	Radioprogramm «The Organic Farmer»	79'073
278	2009/13	Kenia u.a.	Landbau Langzeitvergleich in den Tropen (Bolivien, Kenia, Indien)	359'000
280	2009	Tansania	Tushikamane Solidaritätszentrum	144'000
281	2009	Tansania	MWUCE Computerraum (M)	80'000
301	2009/12	Burkina Faso	Förderung der Berufsbildung und der lokalen Wirtschaft	513'600
303	2009/11	Burkina Faso	Kampf gegen Ausbeutung durch Kinderarbeit und -handel	356'906
305	2005/07	Burkina Faso	Entwicklungsprogramm Burkina Faso	700'000
321	2007/09	Mali	Biologische Landwirtschaft, Bewässerung und Siedlungshygiene	890'000
322	2008/10	Mali	Stärkung von Organisationen der Zivilgesellschaft	201'166
323	2009/11	Mali	Förderung der Milchvermarktung	200'000
326	2007/09	Mali	Landwirtschaftliche Diversifizierung	385'440
331	2008/10	Niger	Ernährungssicherheit durch Gemüseanbau	113'817

332	2009/12	Niger	Bessere Chanden für arbeitslose junge Frauen und Männer	399'000
333	2008/10	Niger	Kleinprojektefonds zur Armutsbekämpfung	100'000
341	2010/12	Senegal	Ländliche Entwicklung für eine nachhaltige Ernährungssicherung	683'984
343	200/11	Senegal	Ausbildung und Einführung des Planungsinstruments T21	300'207
401	2008/11	Moldau	Ministeriales Projektsekretariat Berufsbildung	18'700
405	2007/09	Moldau	Stärkung der Berufsbildung (CONSEPT)	701'852
407	2008/09	Moldau	Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt/Gründung von Kleinunternehmen	318'963
408	2008/09	Moldau	Wege zum beruflichen Erfolg	20'281
410	2009/12	Moldau	Step by Step – Ein guter Start ins Leben im ländlichen Raum	151'700
411	2009/12	Moldau	Länderprogramm Moldau des Kinderdorfs Pestalozzi	100'000
451	2008/09	Kirgistan	Berufsbildung in ländlichen Gebieten (STAR)	450'000
452	2008/10	Kirgistan	Bessere Bildung für die usbekische Minderheit	124'740
492	2008/11	Afghanistan	Unterstützungsprogramm für Frauen in der Provinz Parwan	127'189
493	2009	Afghanistan	Pädagogische Foto-Ausstellung, Begleitpublikation	114'420
494	2009/10	Afghanistan	Für eine sichere Mutterschaft in Kabul und Kandahar	309'831
498	2008/12	global	Rating Initiative	160'000
				15'770'076

Evaluationen: Im Berichtsjahr wurden vier Projekte im Auftrag des LED mit insgesamt positiven Berichten extern evaluiert.

Projektbesuche: Im Berichtsjahr wurden neun Projektreisen durchgeführt, eine davon mit Regierungschef Hasler und eine mit Aussenministerin Kieber-Beck. An vier Reisen nahm jeweils ein Mitglied des Stiftungsrates teil. Alle Projektreisen verliefen ohne Zwischenfälle und zeigten einmal mehr, wie wichtig der persönliche Kontakt ist.